

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 18a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleiter:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **520000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mit einem Schläge ist das stolze Kursgebäude, das die Börsen-Spekulation errichtet hatte, zusammengebrochen. Nicht die unsicheren Verhältnisse in der Auslandspolitik führten den Umschlag der Börsenkonjunktur herbei, sie waren von sehr untergeordnetem Einfluß. Wenn auch auf die Ausprägung des falschen Gerüchtes, daß ein Wiener Blatt den Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen melde, der erste scharfe Kurssturz in den Industriebörsen erfolgte, so war doch darin lediglich der Anstoß, aber keineswegs die Ursache des Krachs zu erblicken. An dieser Stelle ist in den letzten Monaten oft auf den Ueberchwang der Konjunkturerwartungen der Spekulation hingewiesen worden, die wohllos die Kurse industrieller Gesellschaften in unsinnige Höhen trieb. Eine Ueberhöhung hatte die Hausstimmung noch durch die günstigen Berichte über die Gestaltung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse erfahren. Aber gerade die amerikanischen Börsen waren der Erschütterung zuerst ausgefetzt, schon während des ganzen Monats August sanken dort die Kurse, trotz der andauernd günstigen Schilderung der wirtschaftlichen Situation.

In Erwartung einer erneuten Aufwärtsbewegung in der Union hatten auch deutsche Spekulanten erhebliche Posten amerikanischer Werte erworben, aus denen ihnen, da nun das Gegenteil eintrat, bedeutende Verluste erwuchsen. Dieser Umstand erhöhte das an sich starke Angebot auch an den deutschen Börsen, wodurch der Rückgang noch verschärft wurde. Zur Erschütterung trugen ferner nicht wenig die Feuerungsverhältnisse bei, die bereits einen erschreckenden Umfang angenommen haben. Gemälde und Kartoffeln sind vielfach so hoch gestiegen, daß sie in vielen Gegenden bald als Luxusartikel gelten können. In Brotgetreide entwickelte sich eine wilde Gasse, Roggen stieg für die Tonne auf 187 M., der Preis betrug zeitweilig sogar 195 M., Weizen folgte 209 M. und war auch schon um 6 M. höher gestiegen. Durch den ungünstigen Ausfall der Ernte ist die Konjunktur einer Stütze beraubt worden; die hohen Preise führen zu einer Verminderung der Kaufkraft der großen Masse des Volkes, außerdem wird bei den hohen Preisen die Inanspruchnahme des Geldmarktes gesteigert und damit eine Verteuerung der Gelbfäße gefördert.

Auf die Kursbewegung der Aktien sächsischer und thüringischer Metallaktiengesellschaften übten neben der allgemein ungünstigen Börse die Ausprägungen der Nebenerwirtschaft noch einen besonderen Eindruck aus. In einer Mitteilung an die Presse hat die Maschinenfabrik Kirchner & Co. in Leipzig kürzlich unter anderem erklärt, daß, so lange die Arbeitsausperrung andauere, mit einem beträchtlichen Schaden für die Gesellschaft gerechnet werden müsse; andere Gesellschaften, die an der Ausperrung teilnehmen, befänden sich in gleicher Geschäftslage und erlitten ebenfalls Schaden. Alle einschlägigen wirtschaftlichen Kreise erblickten nach wie vor in der Ausperrungspolitik der sächsischen Metallindustrie eine Gefährdung der industriellen Konjunktur. Symptomatisch für die Beurteilung des Verhaltens des sächsischen Unternehmertums in der Metallindustrie sind folgende Ausführungen der Handels-Zeitung des Berliner Tageblattes (Nr. 452 vom 5. September):

„Gerade die sächsischen Metall-Aktiengesellschaften, die es mit ihrem schroffen Unternehmertum nicht für verwerflich hielten, mit den Arbeiterorganisationen auch nur zu verhandeln, pflegen diesen Hausbesessenenlandpunkt übrigens auch ihren Aktionären gegenüber in einer Weise herborzuheben, die im deutschen Aktienwesen trotz seiner im allgemeinen schon recht kläglichen Publizität ganz unerhört ist. Die Aktionäre und die Presse, die doch nicht aus Neugierde, sondern im Interesse der unabhängigen Aktionäre nach dem Geschäftsgange oder den sonstigen Vorgängen bei diesen Unternehmen fragen, erhalten prinzipiell keine Auskunft. Wir haben keine Veranlassung, die Börsenspekulation zu fördern, unsere seriösen Aktionäre brauchen keine derartigen Auskünfte, wurde der Redaktion des Berliner Tageblattes kürzlich von der Direktion einer dieser Gesellschaften erklärt. Mit dieser Verachtung der Börse ist es schwer in Einklang zu bringen, daß sich gerade bei diesen sächsischen Spezialfabriken alle Transaktionen, schon lange bevor sie für die Außenwelt greifbare Form erlangen, durch ausgeprägte spekulative Kursbewegungen anzukündigen pflegen, woraus zu schließen ist, daß die „Wissenden“ bei diesen Gesellschaften auf dem verachteten Instrument der Börse ganz meisterhaft zu spielen verstehen. Daß übrigens die absolute Schweigensart über die Vorgänge innerhalb gewerblicher Unternehmen die Börsenspekulation nicht abtötet, sondern im Gegenteil der Phantasie und Begendebildung erst Raum zur Entfaltung gibt, braucht man den Herren wohl nicht zu sagen. Sie wissen es ganz allein, oder sie müßten es wenigstens daraus ersehen, daß gerade die Aktien der „aus Prinzipialen“ Gesellschaften wie Kirchner & Co., Maschinenfabrik Kappel, Vogländische Maschinenfabrik, Schubert & Salzer zu den spekulativsten Papieren des Berliner Kaffaandustriemarktes gehören. Der Börsenspekulation möge ja solche Papiere erwünscht und unentbehrlich sein. Aktionäre, die eine ernsthafte Kapitalanlage wünschen, lassen besser die Hände davon.“

Weber den Tag hinaus bleibt diese Charakterisierung des Wesens sächsischen Unternehmertums durch ein unabhängiges Handelsblatt von Bedeutung.

Gesteigerte Ergebnisse weisen auch weiterhin die Abschlässe der letzten Eisenwerke auf. So ergab die Aktiengesellschaft Charlottenhütte in Niedersachsen nach Abschreibungen von 402 053 M. einen Ueberschuß von 1,409 Millionen

Mark, während im Vorjahre der Ueberschuß nach Abschreibungen von 310 975 M. nur 785 009 M. betrug. Es gelang eine Dividende von 12 Prozent gegen 8 1/2 Prozent zur Verteilung. — Eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 7 Prozent erfolgt bei dem Waggoner Walzwerk in Reggen. Das Unternehmen bemerkt in seinem Geschäftsbericht, die zurzeit noch bestehende Unklarheit über die Erneuerung der verschiedenen Verbände macht es schwierig, für das kommende Geschäftsjahr etwas vorauszusagen, es glaubt nur, „mit Hilfe der guten Betriebsverhältnisse angelegt der an und für sich gesunden Weltmarktlage befriedigende Resultate zu erzielen“. Die Schwierigkeiten bei der Erneuerung der verschiedenen Montanverbände haben insofern noch zugenommen, als die Verhandlungen zwischen dem Essener Hoheisen Syndikat und den noch außenstehenden Sigmund & Borsinger Werken als ergebnislos abgebrochen wurden. Nach der Kölnischen Zeitung erklärt sich dieser ergebnislose Verlauf der Verhandlungen daraus, daß über die Höhe der beiderseitigen Beteiligung am Hoheisenabfab keine Verständigung erzielt werden konnte. Als Grundlage für die Festlegung dieser Beteiligung wolle der Essener Verband den Verband des Jahres 1910 und der ersten Hälfte des Jahres 1911 annehmen und danach die Jahresbeteiligung berechnen. Aus der lothringisch-luxemburgischen Gruppe verriet man demgegenüber darauf, daß die rheinisch-westfälischen Werke im Jahre 1910 einen ganz außerordentlich lebhaften Verband, besonders auch für die Ausfuhr, gehabt hätten, während die lothringisch-luxemburgischen Werke mit dem Verband zurückblieben. Durch den abstand erfolgten Abbruch der Verhandlungen wird auch die Aussicht auf das Zustandekommen eines Verbandes der Stabeisenwerke noch geringer als bisher. Am letzten Augusttag fand in Düsseldorf eine Versammlung der Stabeisenwerke statt, die zur Vorbereitung für einen zu bildenden festen Verband eine Kommission wählte. Am ober-sächsischen Stabeisenmarkt wird über den Abschluß einer Interessengemeinschaft verhandelt. Die Laurahütte hat ein Manganwerk errichtet, nach ihr die Bismarckhütte auf der Halbhütte. Durch die Neuerrichtungen konnten beide Werke ihre Produktionskosten nicht unwesentlich verringern. Auch die Ober-sächsische Eisenindustrie Aktiengesellschaft beabsichtigt nun, ein solches Manganwerk zu bauen, ebenso die Friedenschütte. Beide Unternehmen wollten der Konkurrenz nicht nachgeben. Um eine Belagerung von zwei weiteren Manganwerken zu erwartende übermäßige Produktionssteigerung zu verhindern, soll zwischen den drei Werken eine Interessengemeinschaft in Stabeisen geschlossen werden, durch die die beiden neugeplanten Manganwerke überflüssig werden würden. Man will die eingehenden Aufträge in geeigneter Weise unter die Werke verteilen und auch einen gemeinsamen Lagerplatz schaffen.

Illustriert wird der Erholungsprozess im deutschen Schiffbau auch durch den Bericht der Flensburger Schiffbau Aktiengesellschaft, die für das Jahr 1910/11 nach Abschreibungen von 280 187 M. (i. R. 279 559 M.) eine Dividende von 1 Prozent gegen 0 Prozent im Vorjahre vor schlägt. Die Verwaltung teilt weiter mit, das Werk sei für das laufende Jahr und darüber hinaus voll beschäftigt, es werde, falls keine störenden Einflüsse eintreten, voraussichtlich in der Lage sein, im nächsten Jahre eine bessere Dividende auszuschütten zu können. Für die Lage der Waggonbau-Industrie dürfte ein gleicher Schluß aus der Mitteilung der Verwaltung der Waggon- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vorzuziehen sein. In der letzten Aufsichtsratsitzung wurde berichtet, daß die Ablieferungen in den ersten drei Quartalen bereits die Höhe der Abschreibungen während des ganzen Vorjahres erreichten, die probatorische Gewinnaufstellung berechtige für dieses Jahr zur Erwartung auf eine um einige Prozent höhere Dividende als im Vorjahre. Die vorjährige Dividende betrug 12 Prozent. Zur Verklärung der Betriebsmittel und zur Bekräftigung der Kosten für Erweiterungsbauten wird das Kapital von 2,343 Millionen Mark auf 3 1/4 Millionen Mark erhöht werden.

Zu den Werkzeugmaschinenfabriken, die von jeher innerlich krank waren, gehört die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik vorm. A. Seniler, Berlin. Für das Geschäftsjahr 1910/11 ist mit einer Unterbilanz von 300 000 M. zu rechnen. Es handelt sich um eine alte Gesellschaft. Sie wurde schon im Jahre 1871 errichtet, und zwar mit einem Grundkapital von 1,35 Millionen Mark. Im Jahre 1881 erfolgte die erste Sanierung, trotz weiterer Sanierungen hat das Unternehmen zu keiner gelockerten Position gelangen können. — Auch die Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Sondermann & Stier in Chemnitz verlor für 1910/11 wiederum keine Dividende. Die Verwaltung teilt jedoch mit, daß die Resultate des Berichtsjahres im Vergleich mit dem Vorjahre wesentlich günstiger sind und reichliche Abschreibungen gestatten. Wie die Direktion weiter berichtet, bestreite sich die Geschäftslage fortlaufend, die Verwaltung hofft, auch mit Rücksicht auf die Fabrikationsvereinsförmigkeit, für die Folge wieder günstigere Ergebnisse melden zu können. Von der Firma Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik Aktiengesellschaft in Mannheim wird auf das von 8 auf 12 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital, wie bereits berichtet, wieder eine Dividende von 8 Prozent verteilt. Aus dem Bericht der Gesellschaft heben wir folgende Ausführungen hervor: „Wir haben die Fabrikation von Dieselmotoren in verschiedenen Typen aufgenommen und sind gerade in den letzten Monaten dazu gelangt, das neue Fabrikat im In- und Auslande mit guten Erfolgen einzuführen. Ein im Jahre 1909 erworbenes Optionsrecht auf Patente für unsterbliche Schiffsdieselmotoren haben wir im Berichtsjahr ausgeübt und die für den gesamten Schiffbau von größter Wichtigkeit erscheinenden Patente für Deutschland und Oesterreich-Ungarn erworben; wir er-

hoffen von dieser Investition befriedigende Resultate. Auch in der Motorenabteilung sind wir laufend mit der Erneuerung der Verkaufsorganisation beschäftigt und haben damit begonnen, den Verkauf der stationären Motoren unserer Automobilverkaufsstellen anzugliedern. Unsere Lastwagenabteilung, die Benzwerke G. a. G. m. b. H., haben unter ihrer früheren Geschäftsleitung ein schlechtes Resultat ergeben; wir haben dort den gesamten Betrieb reorganisiert und erwarten unter der neuen Leitung, da die Fabrik dauernd gut beschäftigt ist, für die Folge auch bessere Ergebnisse.“ — Eine starke Gewinnsteigerung erzielte die Zetzer Elsengießerei und Maschinenbau Aktiengesellschaft in Zeitz, die nach Abschreibungen und Rücklagen von 417 700 M. (gegen etwa 293 700 M. im Vorjahre) eine Dividende von 18 Prozent gegen 11 Prozent für 1909/10 ausschüttet. Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr wird berichtet, daß sie auf Grund der vorliegenden Aufträge günstig erscheinen, wenn auch die Verkaufspreise zu wünschen übrig lassen.

Noch enger als bisher wollen sich die deutschen Emailierwerke, die international organisiert sind, zusammenschließen. Der Verein Deutscher Emailierwerke, der kürzlich in Dresden eine Generalversammlung abhielt, nahm von einer weiteren Erhöhung der gegenwärtig geltenden Preisanschläge Abstand, jedoch nur in Rücksicht darauf, daß in den nächsten Wochen in der ergebungsreichen Gruppe Verhandlungen über die Aufstellung einer neuen Preisliste stattfanden. — Als gescheitert sind die seit langem schwebenden Verhandlungen zur Neuerrichtung eines Aluminiumpulvers anzu sehen, verhindert wurde die Neubildung durch den Widerstand der British Aluminium Company. — Der Auflösung verfiel die internationale Antimonkonvention, die erst im Februar dieses Jahres errichtet worden ist. Die Dauer der Konvention war damals auf drei Jahre vorgeesehen worden, ihre Sprengung erfolgte jedoch vorzeitig, und zwar, wie angegeben wird, infolge von Schwierigkeiten, die die Chinesen als die größten Produzenten von Antimonergern machten. Die Preise für Antimon, die nach der Konventionsbildung stark heraufgetrieben waren, erfuhren bereits eine Ermäßigung.

Metallarbeiterverhältnisse in Preußen.

IV. (Schluß.)

Die Arbeitszeitverhältnisse der erwerbsfähigen Arbeiterinnen haben eine Veränderung erfahren durch die Einführung des gesetzlichen Zehnanstundes, an Stelle des Eilf Stunden, und des Achts Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage. Alle die zahlreichen Betriebe, wo schon vor dem 1. Januar 1910 die zehnstündige oder eine kürzere Arbeitszeit und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage der ganz oder teilweise freie Nachmittagsbestand, wurden davon gar nicht betroffen. Im hannoverschen Berichte ist eine Uebersicht gegeben, nach der von der Neuierung des gesetzlichen Zehnanstundes für die Arbeiterinnen nur 19 Betriebe mit 1287 Arbeiterinnen (von 3264 Betrieben mit 13 391 erwerbsfähigen Arbeiterinnen) berührt wurden, wobei die Metall- und Maschinenindustrie aber nicht vertreten ist. Dagegen kam die achtsündige Arbeitszeit an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen 327 Betrieben mit 10 391 jugendlichen und erwachsenen Arbeiterinnen mit ein- bis dreistündiger Verkürzung zugute. Auf die Metall- und Maschinenindustrie entfallen davon 22 Betriebe mit 492 Arbeiterinnen. Dazu wird bemerkt, daß angesichts der kleinen, in Betracht kommenden Anzahl von Betrieben die Durchführung des Zehnanstundes ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Mehr Schwierigkeiten machte die Durchführung der achtsündigen Arbeitszeit mit dem früheren Zehnanstund an den Vorabenden der Sonn- und Festtage, wobei es sich aber hauptsächlich um Widerstände in der Konfektionsindustrie handelte. 14 Betriebe erhielten die Erlaubnis zu einer anderweitigen Regelung der Pausen an den Samstagen etc., um die Arbeitszeit an diesen Tagen noch mehr verkürzen oder früher Zehnanstund machen zu können. Trotzdem wurden in diesem Bezirke in 147 Fällen Verkürzungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen ermittelt.

Im Arnberger Bezirke waren in einer Metallwarenfabrik wiederholt 20 Arbeiterinnen an den Wochentagen bis 11 Uhr nachts beschäftigt worden, eine jugendliche Arbeiterin auch am Sonntag. Dafür erhielt der Unternehmer 110 M. Geldstrafe oder 22 Tage Gefängnis. In den meisten Betrieben der Stadt Herford und ihrer näheren Umgebung ist der Schluß der Arbeitszeit an den Samstagen um eine Stunde verkürzt worden, ohne daß damit ein Lohnausfall verknüpft wurde. Etwas seltsam müßte die dazu gemachte Bemerkung des Fabrikinspektors an: „Dieses Entgegenkommen der Arbeitgeber ist um so mehr anzuerkennen, als die meisten der Metallverarbeitung zurechnenden Betriebe gut beschäftigt und gezwungen waren, ihren Verpflichtungen durch Ueberarbeit und Entleerung von Nachschichten nachzukommen.“ Das heißt das „Entgegenkommen“ wieder illusorisch zu machen.

Diese Umgehung der kürzeren gesetzlichen Arbeitszeit mit Behördlicher Bewilligung (oder ohne solche) ist in umfangreichstem Maße praktiziert worden, denn es wurden nicht weniger als 2450608 Ueberstunden gestattet gegen 470 123 im Jahre 1909! Daraus entfallen allein auf die Metall- und Maschinenindustrie 226 736 Ueberstunden. Offenlich legen sich in Zukunft die Behörden in der Bewilligung von Ueberzeitarbeit einige Beschränkung auf.

Im übrigen hat die Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen erfreuliche weitere Fortschritte gemacht. So hat eine Schraubenfabrik im Danziger Bezirk für die Samstags die englische Arbeitszeit eingeführt. In 32 Fabriken in Halle a. S. führte der Deutsche Metallarbeiter-Verband die 9 stündige tägliche Arbeitszeit ohne Lohnverkürzung ein und nur eine größere Maschinenfabrik hat noch längere Arbeitszeit. Auch der Deutsche Holzarbeiterverband erzielte in Halle Arbeitszeitverkürzungen auf 9 1/4 Stunden täglich und

54 Stunden wöchentlich. Im Schlesinger Bezirk wurde der Neunfundentag in zwei Metallwarenfabriken, in einer Goldblechfabrik und einer Schloßfabrik eingeführt; die 8 1/2 stündige und eine Arbeitszeit von 8 Stunden 25 Minuten in zwei Buchdruckereien, die 8 1/2 stündige in einer Webfabrik. Und ähnliche Arbeitszeitverkürzungen werden auch an anderen Bezirken berichtet.

Der Potsdamer Gewerberat berichtet: „Das Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit scheint neuerdings vorwiegend darauf gerichtet zu sein, diese durch Wegfall oder Einschränkung der Arbeit an den Sonntagenachmittagen herbeizuführen. Von den Arbeitern verschiedener Industriezweige, die zurzeit mit den Unternehmern in Tarifverhandlungen stehen, ist die Forderung aufgestellt worden, daß die Arbeit an den Sonntagen um 1 Uhr mittags geschlossen werde. In einem Metallwerke traten die Arbeiter in den Ausnahmefällen, nur um die Verkürzung des Schlußes der Arbeitszeit an den Sonntagen von 4 auf 3 Uhr zu erzwingen. In verschiedenen der ersten Fabriken Rathenows ist der Arbeitsluß an den Sonntagen der Sonn- und Festtage auf 1 1/2 oder 2 Uhr verlegt worden. In einer großen Blechspielwarenfabrik in Brandenburg wird an den Sonntagen um 3 1/2 Uhr geschlossen. Die Verkürzung der Schlußarbeitszeit der Arbeiterinnen hat namentlich in solchen Betrieben, in denen die Männer auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen sind, auch zur Verkürzung der Arbeitszeit der Männer geführt.“ Und die Industrie besteht dabei doch, blüht und wächst weiter trotz aller Proteste, Jeremiaden und Scharfmachereien der Unternehmerverbände, besonders des Zentralverbandes deutscher Industrieller, gegen die Einführung des gesetzlichen Neunfundentages für die Arbeiterinnen.

Wichtiger ist vom Standpunkt der so notwendigen fortschreitenden Arbeitszeitverkürzung die neuerliche Ausdehnung der Hausindustrie, mit der erfahrungsgemäß lange Arbeitszeit verbunden ist und die daher ein Gemisch der Fortführung der Arbeitszeitverkürzung bildet. So wird aus dem Solinger Bezirk von einer eingetretenen und noch immer anhaltenden Rückentwicklung zur hausindustriellen Betriebsform berichtet. Die Ursache dazu war und ist die Gewährung billigen elektrischen Stromes. Eine statistische Weberstat über die diesbezügliche Entwicklung in den letzten 15 Jahren bietet folgendes, man darf wohl sagen, unerfreuliches Bild. Es waren vorhanden:

Jahr	Fabriken		Hausindustrielle Betriebe	
	Anlagen	Arbeiter	Anlagen	Arbeiter
1895	108	6458	178	2856
1900	123	?	261	?
1903	137	7997	719	4127
1904	158	8749	777	4750
1905	148	9379	924	5236
1906	153	10416	1005	5418
1907	167	10874	1213	6231
1908	169	10139	1310	6188
1909	161	9571	1355	6057
1910	166	10420	1418	6541

Sierdel ist zu berücksichtigen, bemerkt der Bericht dazu, daß auch von den in den Fabriken gezählten Personen die gelerntten Arbeiter in ihrer Mehrzahl hausindustriellen Charakters haben, da sie selbständige Stellen- und Kraftmeister sind und häufig für mehrere Fabrikanlagen arbeiten und daß ferner die sogenannten Familienbetriebe, in denen keine fremden Arbeiter beschäftigt werden, in der Tabelle nicht erscheinen. Beachtenswert ist, daß gerade der tüchtigste und wirtschaftlich gut geführte Teil der Arbeiter in der Solinger Stahlwarenindustrie zur Hausindustrie hinüberdrängt und daß die neueren hausindustriellen Kleinbetriebe in der Regel Musteranlagen vom hygienischen Standpunkte aus darstellen.

Auch wenn dem so ist, so bleibt die neuerliche Ausdehnung der Hausindustrie aus den verschiedensten Gründen zu beklagen, namentlich aus dem Grunde, daß bei der Ausfüllung und Verpflanzung der Industrie in hausindustrielle Übergelände alle Vorteile des Großbetriebs verloren gehen und dafür alle Nachteile des Kleinbetriebs zur Geltung kommen; die Vorteile des hausindustriellen Kleinbetriebs für die Arbeiter lassen sich gleichwohl auch im Großbetriebe schaffen, wenn dieselben auch nicht in der gleichen Form und insofern es sich in diesen „Vorteilen“ nicht überhaupt bloß um Illusionen individueller Natur handelt.

Im Struppinger Stadtteil in Aachen im Aachener Bezirk ist auf Verlangen der Arbeiter in den mesanischen Betrieben die Nachtarbeit von Sonn- und Festtagen von 12 auf 8 Stunden reduziert worden, in zwei anderen Betrieben der Großindustrie die Nachtarbeit von 13 auf 12 Stunden. In den ununterbrochenen Betrieben, soweit diese überhaupt vorkommen, sollte durchweg die Schichtarbeit gelten. Im Berliner Bezirk ist in Maschinenfabriken und Fabriken für elektrische Apparate die Nachtarbeit eingeführt und die Sonntagsarbeit vermehrt worden. Im übrigen hat die neuerrichtete tägliche Arbeitszeit weitere Fortschritte gemacht. Wie bei gutem Willen der Unternehmer die Sonntagsarbeit eingeschränkt werden kann, beweist ein Beispiel im Hildesheimer Bezirk, in dem früher an den Sonntagen stets eine Reihe von Schloßern und Käufern zu Instandhaltungsarbeiten herangezogen werden „musste“, wo aber nun an jedem zweiten oder dritten Sonntag bestes Personal der Arbeiter des Betriebes wagt. Es geht also auch so. Welche Ausdehnung die Sonntagsarbeit noch immer hat, läßt eine Tabelle im hannoverschen Bezirke erkennen, nach der in 179 Betrieben 28 287 Arbeiter regelmäßige Sonntagsarbeit verrichten müssen. Davon entfallen 16 Betriebe mit 3487 Arbeitern auf die Metall- und Maschinenindustrie, der sich die Gewerbe- und Bergbauindustrie, Holz- und Flechtwaren, Lederwaren u. a. anschließen. Wegen unregelmäßiger Sonntagsarbeit wurden im Berliner Bezirk zwei Maschinenfabrikanlagen zu je 10 A. Schichtarbeit verrichtet.

Der Wiesener Berichterstatter erwähnt die Praxis einer großen Maschinenfabrik in der Ausfüllung von Arbeitszeugnissen. Je nach dem Beschäftigungsgrade wurden die Werte herabgesetzt auf „Dienstag“ entlassen, „wegen Arbeitsmangel entlassen“ oder „aus dem Betrieb“. Da der letzte Satz in der Praxis eine den Arbeiter in unglücklicher Stunde kennzeichnende Nebenbedeutung hat, die die Erlangung einer anderen Arbeitsstelle zu erschweren geeignet ist, veranlaßt der Gewerberat seine Vereinfachung.

Der Aachener Berichterstatter meldet einen Fall aus dem Trarbach. Bei der gegenseitigen Durchsicht der Lohnliste einer Maschinenfabrik ergab sich, daß den Arbeitern bei der Lohnzahlung in bestimmten Fällen Beträge für Gesundheitsvorsorge abgezogen waren. Obwohl die Berechnung nur auf Wunsch der Arbeiter und ausschließlich zu Vergütungszwecken erfolgt war, wurde mit Rücksicht auf den § 115 der Gewerbeordnung der Unternehmer zur Verzinsung der Löhne verpflichtet.

Die Lohnsätze werden meist in objektiver Weise ermittelt. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wird in den Aachener und Wiesener Berichten Nachrechnung gegen die Berechnung von Lohnüberschüssen zur Förderung der Instandhaltung und des Arbeiterfortschritts.

Wies in allen Bezirken die Berichte, daß noch immer sehr viele Arbeiter und Beschäftigten vorhanden sind und die Betriebe

mit ihren lächerlich geringen Geldbußen gegen Unternehmer oder deren Vertreter oder gar mit Freiführungen die Bemühungen der Fabrikinspektoren um strikte Durchführung der Arbeiterschutzgesetze einfach im Stiche lassen. Dabei ist die Revisionsfähigkeit der Aufsichtsberechtigten noch immer eine ungenügende, indem von 165 530 Betrieben mit 3 249 006 Arbeitern nur 78 337 mit 4 694 272 Arbeitern revidiert wurden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit weiterer Vermehrung der Aufsichtsbeamten, bis die Möglichkeit geschaffen ist, jeden Betrieb mindestens einmal im Jahre zu besuchen.

Insofern die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft besprochen werden, erscheinen sie im Hinblick auf die herrschende drückende Teuerung als prekär und verbesserungsbedürftig. Lohnrückstellungen, soweit solche vorgekommen, sind Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter, ohne die es immer noch mehr bergab statt vorwärts und aufwärts gehen würde. Und darum drängt sich auch bei der Besprechung der Fabrikinspektorenberichte die Notwendigkeit auf, zu sagen: noch immer mehr Arbeiterorganisationen, hinein in die Gewerkschaft, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Schwindelkassen.

R. F. Neben den zentralisierten Kassen der Arbeiterschaft existieren eine ganze Anzahl von sogenannten Hilfskassen, die mit den erigierten nur den Namen und das gemeinlich haben, daß sie auf den gleichen gesetzlichen Voraussetzungen beruhen. Beim ersten Erlaß des Hilfskassengesetzes am 7. April 1876 konnte man freilich nicht wissen, daß das Gesetz auch dazu benutzt werden könnte, Kassen die Eglanz zu erlangen, die nicht wegen der Mitglieder, sondern wegen der Gelder ins Leben gerufen wurden, Kassen, die den Mitgliedern für einige Zeit ein sorgenloses Dasein, den Angehörigen entweder keine oder nur einen geringen Teil der versprochenen Leistungen gewähren. Bei der letztmaligen Fassung des Gesetzes am 1. Juni 1884 lagen aber bereits solche Erfahrungen vor, so daß der Gesetzgeber bei gutem Willen vorbeugende Maßnahmen hätte treffen können. Und wenn es damals nicht Zeit war, so war doch 1903 bei der letzten sogenannten Reform der Krankenversicherung, die an den Hilfskassen nicht spurlos vorüberging, das Material gegen die unregelmäßigen Kassen bereits so umfangreich geworden, daß man es zur Unterlage eines gesetzlichen Eingriffes hätte benutzen können. Es geschah aber nicht. Und wenn man sich den heute dem Reichstage vorliegenden Entwurf über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes näher ansieht, dann kann man sich der Eingeweihten des Entwurfs nicht erwehren, daß man nur deshalb dreißig Jahre dem Mißbrauch des Hilfskassengesetzes zugehört hat, um zugleich mit den Schwindelkassen auch die unbenutzten Hilfskassen der Arbeiterschaft heutzutage zu können.

Die Einzelheiten der neuesten Hilfskassenvorlage hier zu erörtern, würde zu weit führen; es sei nur erwähnt, daß der Entwurf die Unterstellung aller Hilfskassen unter das Gesetz über die privaten Versicherungsvereine herbeiführen will, was eine strenge staatliche Aufsicht und die Befugnis für die Aufsichtsbehörden mit sich bringt, jede Kasse, die den versicherungstechnischen Berechnungen nicht standhält, zu verbieten. Nach dem heute geltenden Recht, das heißt nach § 4 des Hilfskassengesetzes, muß jede Kasse zugelassen werden, deren Satzung diesem Gesetz entspricht. Die Behörden hätten es nun wohl in der Hand gehabt, durch das Verbot des Agentenbetriebs und durch rechtzeitige Warnungen vor dem Beitritt dem Unwesen in etwas zu steuern, dies ist aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht geschehen, und es blieb daher der Kampf gegen diese unregelmäßigen Kassen im wesentlichen nur der Arbeiterpresse und den sonstigen Organen der Arbeiterbewegung übrig. In dieser Hinsicht sind zweifellos Erfolge erzielt worden, die zur Fortsetzung der nicht gerade angenehmen Tätigkeit ermuntern, und bei dem ungewissen Schicksal der Hilfskassenvorlage vorerst auch noch nicht erörtert werden können. Zusammen scheint es, daß schon die Einbringung der genannten Vorlage auf die Interessententriebe sehr bemerkenswert eingewirkt hat. Kassen sind hoch in der letzten Zeit eine Menge von Sanierungen, Umänderungen, Übertragungen und andere Wandlungen beobachtet, die nur hierzu ihre Ursache haben können.

Die Gründung aller dieser Kassen ist von Anfang an bis in die jüngste Zeit immer nach dem gleichen Schema vor sich gegangen. Einige verachtete Erfahrungen oder sonstige Personen, die nichts, zum wenigsten nicht einmal einen guten Namen zu verlieren hatten, entdeckten das Bedürfnis, daß den notleidenden Leuten durch die Gründung einer Hilfskasse mit möglichst vollkommenem Namen geholfen werden müsse. Da das größere Bedürfnis bestand, ob im Gebiete der Arbeiter oder sonstwo, kann hier unerörtert bleiben; sicher ist, daß noch in den letzten Monaten Kassen gegründet und zugelassen wurden, die nicht 100 A. Kapital aufzuweisen hatten, die durch Anleihen bei vertrauensfertigen Personen und im Kautionskonto der baldmöglichst angeworbenen Agenten und Vertreter das Gründungskapital vervollständigten. Bei solcher Sachlage ist von Berechnungen zwischen Beiträgen und Leistung natürlich keine Rede. Es wird das Statut einer der schon bestehenden Hilfskassen hergenommen, entweder wörtlich abgeschrieben oder in untergeordneten Dingen verändert, vielleicht noch höhere Leistungen eingefügt, eingereicht, und wenn sich gegen die Person der Gründer nicht die schwersten Bedenken erheben lassen, auch zugelassen. Erfahrene Kassengründer, die vielleicht schon einige solcher Institute ins Leben riefen und wieder hinaus beförderten, und die deshalb bestreuten, daß man wegen dieser Eigenschaften und Betätigung eine weitere Gründung von ihrer Seite nicht zulassen könnte, bleiben vorzeitig im Hintergrunde, solchen Strohmännern vor, die die Einreichung und Zulassung erwidern müssen. Sie dann alles darüber, sind die Verantwortlichen ungeschliffen, tauchen sie aus der Verantwortung auf und können dann ohne neue triftige Gründe von der Aufsichtsbehörde meist nicht aus der Leitung entfernt werden. Die Verantwortlichkeit der Gründung, der mäßige Gewinn läßt überall neue Gründungen entstehen, so daß fast niemand mehr für einen Uebelthäter zu verschaffen in der Lage ist.

Die Ausbreitung kann an manchen Orten geradezu epidemisch genannt werden. Sie erst einmal an einem günstigen Orte eine Agentur einer solchen Kasse gewesen, dann bleibt es in der Regel nicht dabei. Bald gründen entlassene oder ausgesetzte, man möchte fast sagen ausgesetzte Agenten eine neue Kasse, die nun ebenfalls wieder Abnehmer findet. Die Handgriffe sind bald abgesehen, und solange das Geschäft geht, solange nichts oder nicht viel zu zahlen ist, nützt es seinen Namen. Agenten zu finden ist nicht schwer. Arbeits- und verdienstlose Leute finden sich überall, die sich dafür hergeben, dürfen sie doch die Aufnahmegebühr von 2 bis 3 A. zunächst von jeder Aufnahme behalten, bekommen, wenn nicht den ganzen, so doch den halben ersten Monatsbeitrag angesprochen, dann zweiten Monat an Jubiläumsgeld von 10 bis 20 Prozent, eine Abgabegeld noch extra und schließlich für jede Krankentourne auch noch zehn A. Bei größeren Betrieben gibt's etwa noch Barzahlung, Jahrgelder u. a., was immer, wenn sie immer und immer wieder Leute dafür finden. Zu den meisten Folgen, wenigstens soweit es sich um Männer mit normalen Gewissen handelt, wirtet es für noch länger Zeit an, sie legen den Köpfen nieder und machen Platz für neue Bewerber, die durch die Tagespresse, teilweise selbst in den Arbeiterzeitungen gemacht werden. Es geht in der Tat ein ziemlich weites Gewissen dazu, für solche Kassen Mitglieder zu gewinnen. Wenn der Aufnahmevertrag mit dem Statut richtig angewendet werden, könnten überhaupt keine Mitglieder gewonnen werden, denn der Aufnahmevertrag enthält so viele Fragen über frühere Krankheitsfälle, oft dreißig und mehr, daß bei gewöhnlicher Beachtung kein Mensch Kassenmitglied werden könnte. Daran hat aber weder der Agent noch die Kasse ein Interesse, beide wollen verdienen, und dazu brauchen sie Aufnahmen. Es liegt deshalb sehr nahe, daß der Agent, wenn nicht auf die Aufnahme, so in seinem eigenen Interesse die Ausfüllung des Aufnahmeformulars etwas weniger genau nimmt, etwaige Bedenken des Aufnahmebeamten zu zerstreuen weiß, den der Antrag der Kasse etwas reibt, jedenfalls verständlich läßt, daß es nicht so genau darauf ankommt.

Das Statut wird, obwohl der Aufzunehmende meist erklärt, daß er es lese und als bindend anerkennt, erst mit dem Mitgliedsbuch ausgehändigt, von den Mitgliedern aber selten gelesen. Damit sind die Formalitäten aber keineswegs erledigt. Nun hat erst der Vorstand über die Aufnahme zu beschließen, und der hat es meist nicht so eilig, vollzieht die Aufnahme, von der die Krankentourne läuft, oft erst nach Wochen, wenn nicht Monaten, und hat es dadurch in der Hand, die Krankentourne, die ausnahmslos 13 Wochen, das heißt die längste gesetzlich zulässige Zeit beträgt, noch weiter hinauszuziehen. Diese Manipulation ist weiter verbreitet, als angenommen wird, und sie wird erleichtert durch die Bestimmung, daß Aufnahmen nur in einer Sitzung beschlossen werden können, die nur in gewissen Zeiträumen tagen. Nicht jeder also, der 13 Wochen Beitrag gezahlt hat, kann im Fall der Krankheit damit rechnen, daß er die Krankentourne zurücklegt. Hat er sie zweifellos beim Eintritt einer Krankheit zurückgelegt, dann ist zunächst eine unbillige Krankentourne vorzunehmen, indem zuerst die schriftliche Anmeldung zu erfolgen hat, worauf der Krankentourne ausgefolgt wird, und erst wenn dieser wieder bei der Kasse ist, kann der Krankentourne erwartet werden. Darüber besteht keine Frage, sechs bis zehn Tage, in denen ein Anspruch auf Krankentourne nicht besteht. Der Krankentourne bietet dann aber Anlaß, daß der Aufzunehmende herbeigeführt und darauf einer Prüfung unterzogen wird, ob nicht eine frühere Krankheit vorzuliegen würde. Es wird dann der Arzt gefragt, ob schon früher die gleiche oder eine andere Krankheit bestanden hätte. Unvollständig ausgefüllte Scheine werden nicht angenommen, so daß die Kasse bei dem Gesundheitszustand der meisten Versicherten es leicht in der Hand hat, wegen schlechterer wirtschaftlicher oder angeblich bestanden Krankheiten den Anspruch abzulehnen und den Kranken auf den Rechtsweg, das heißt an das als zuständig vereindarte Amtsgericht ihres Sitzes zu verweisen. Außer diesem enthält das Statut in der Regel so viele versteckte Fallstricke, daß selten ein Erkrankter zu seinem Krankentourne kommt. Der Klageweg ist erschwert, es muß oft binnen einer Woche geklagt werden, alles Vorschriften, die die Geltendmachung der Ansprüche verwickeln. Nicht dies nichts und soll die Kasse doch zahlen, dann hilft man sich damit, daß der Erkrankte in ein Krankenhaus eingewiesen wird. Mag auch die Ortskrankenkasse die Entlohnung nicht für nötig halten, der Arzt auch nichts davon wissen wollen, ganz gleich, die Kasse verfügt die Entlohnung und verweigert laut Statut das Krankentourne, wenn der Erkrankte nicht folgt. Kosten zahlt die Kasse natürlich dafür nicht, denn wozu hat sie die Bestimmung, daß der Erkrankte die Spitalbehandlung von seinem Krankentourne zu zahlen hat. So gibt's für die Erkrankten nichts als Schwierigkeiten, so daß mancher gern auf sein Recht verzichtet. Oft wird auch schon beim Beginn der Erkrankung dem Versicherten ein Hebers vorgelegt, daß er sich mit Krankentourne für zwei oder drei Wochen zufrieden gibt; tut er es nicht, so werden auf neue alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn so bald wie möglich als Krankentournebesitzer loszubekommen. Das, was die Kassen in ihrem Statut als Leistung versprechen, können sie ohne Ausnahme nicht erfüllen, denn der Beitrag und die Leistung stehen in keinem Verhältnis zueinander. Es ist auf das Halten der Versicherungen auch nicht so sehr abgesehen, als darauf, daß die Einkünfte und Löhne sich hohe Einnahmen verschaffen können. Die Verwaltungskosten bei diesen Kassen sind ganz enorm hoch, kommt es doch vor, daß 90 und mehr Prozent der Beiträge dazu verwannt werden, weniger als 10 Prozent sind überhaupt nirgendwo anzutreffen. Demgegenüber sei nur festgestellt, daß bei den zentralisierten Hilfskassen der Arbeiterschaft die Verwaltungskosten 6 bis 8 Prozent nicht übersteigen. Es sind nicht nur die Beiträge der Agenten, die diese Kosten verursachen, nein, zum großen Teil hängt das von den Gehältern der Direktoren mit ab, von denen manche schon 10 000 A. und mehr zahlen können. Diese Einnahmen wissen ganz gewissen Leute noch dadurch zu erhöhen, daß sie von ihrer eigenen Kasse eine Generalagentur übernehmen, die auch mit einem Anteil an den Beiträgen bezahlt wird.

Die Mitglieder haben auf die Verwaltung der Kasse keinen Einfluß. Diese Art Kassen haben an Ort und Stelle Verwaltung zu meist wenig oder keine Mitglieder. Die sogenannten Generalversammlungen werden nicht durch Delegierte besucht, sondern jedes Mitglied kann erscheinen und beschließen. Diese Praxis schützt die Direktion vor unbenutzen Mehrheiten. Die Regel ist, daß die wichtigsten Beschlüsse von 4 bis 5 Mitgliedern einschließlich der Direktoren gefaßt werden. Die Beschlüsse erlangen ohne Rücksicht auf die Zahl der Besucher Rechtskraft, mag es sich um die Erhöhung der Direktorgehälter, die Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung des Krankentourne handeln, das ist gleich, wenn nur die Versammlung ordnungsmäßig einberufen und der Beschluß nachher im Organ der Kasse veröffentlicht wird.

Bei diesen Kassen ist alles auf die Täuschung der Versicherten abgesehen. Der pompöse Name, die Aufmachung der Prospekte und Statuten können immer wieder unvorsichtige Leute, die es den mündfertigen Agenten glauben, daß es sich diesmal um eine reelle Kasse handelt. Gegenüber dieser Einschüchtlung muß leider immer und immer wieder darauf verwiesen werden, daß jede Kasse, die ohne ärztliche Untersuchung, lediglich auf die Erklärung des Aufzunehmenden hin, daß er gesund sei, Aufnahme bewirkt und dazu bezahlte Agenten gebraucht, zu meiden ist. Ist der Gesundheitszustand eines Arbeiters derart, daß er in einer Kasse mit ärztlicher Untersuchung keine Aufnahme finden kann, dann ist ihm durch die Mitgliedschaft in einer zweifelhaften Hilfskassenkasse auch nicht zu helfen und er tut besser, wenn er sich mit der Unterstützung aus der Zwangskasse und der Verbandskasse begnügt, im übrigen sein Geld, sofern er etwas erübrigen kann, für Notfälle zurücklegt, dann hat er nicht nur die Zinsen selbst, sondern etwas, worauf er sich sicher verlassen kann.

Um die Kassen richtig als das zu schätzen, was sie sind, kann man sich nur auf die obigen Merkmale verlassen. Neuerdings haben manche dieser Kassen statt des Mitgliedsbuches eine Police beschafft, die mit den üblichen Namen „Versicherungsanstalt“, „Versicherungsgesellschaft“ oder anderen den Anschein zu erwecken versucht, daß es sich um ein gutunterrichtetes Unternehmen handelt. Ist ein organisierter Arbeiter trotz aller Vorsicht einmal in eine solche Kasse hineingeraten, und erkennt er zu spät seinen Irrtum, dann ist der möglichst baldige Austritt und Begleichung der Beiträge bis zum Ablauf der Frist die einzig richtige Möglichkeit, sich ohne großen Schaden freizumachen. Der Austritt ohne Kündigung, das einjährige Schuldbüßen der Beiträge hat in der Regel, genau wie beim Konkurs solcher Kassen die Zwangsbeiträge der Beiträge zur Folge. Ganz besonders ist von diesen Kassen zu warnen, die sich als „Kassen der Arbeiter“ und die Direktoren abzurufen. Es mag begreiflich sein, wenn man die Kassen als das charakterisiert, was sie sind, aber es ist nicht ungefährlich. In Aachen wurde vor einiger Zeit Genosse Schlegel wegen Verleitung des Gründers einer solchen Kasse zu Strafe verurteilt. Vor Gericht wurden ungläubliche Dinge festgestellt, ein Sachverständiger, Direktor einer Lebensversicherungsbank, gab zu, daß die Warnung vor dem Beitritt berechtigt war, er würde auch nicht anders gehandelt haben, trotzdem verurteilte das Gericht und sprach dem Angeklagten nicht einmal den Schutz berechtigter Interessen am Grund des § 193 des Strafgesetzbuchs zu. Ähnliche Urteile liegen noch mehr vor. Wer berufsmäßig sich mit den Kassen beschäftigt, muß, wie bald erfahren, daß das keine angenehme Tätigkeit ist. Er wird mit unanständigen Schreiben bedacht, wo es um geht verkleumdet, kurz, er hat mit wenig angenehmen Dingen zu rechnen. Kommt es doch vor, daß selbst organisierte Arbeiter, denen durch eine nur zu berechnete Warnung vor dem Beitritt in eine bestimmte Kasse der einträgliche Verdienst geschmälert wurde, sich deshalb beklagen und sich am Ende noch dazu gebrauchen lassen, dem gleichgültigen Leiter der Kasse hilfreiche Hand zu Anrufen gegen den unbenutzten Warner zu bieten. Ein solches Verhalten ist organisiert. Arbeiter unvorsichtig, wie es überhaupt nicht verstanden werden kann, wenn sich Gewerkschaftsmitglieder zum Zutreiben solcher Kassen hergeben. Die Kassen bevorzugen freilich gern Leute mit größerem Bekanntheitskreis. Bei den unanziehlichen Umständen, bei der Verweigerung der Unterstützung und sonstigen Schwierigkeiten fällt aber auch ein unangenehmes Licht auf die

Organisation, wenn der Agent etwa Vertrauensmann oder sonst tätiges Mitglied ist.

Andere Kreise haben die Gemeingefährlichkeit der Klassen besser erkannt. Die wirtschaftliche Organisation der Klasse geht an immer mehr Orten dazu über, die umfangreichen Formulare der Klassen nicht mehr auszufüllen, da sie nur zur Schädigung der Versicherten bestimmt sind, speziell durch die Fragen nach früheren Krankheiten dazu beitragen, daß Ansprüche unter fadenheimgeligen Gründen abgelehnt werden können. Die Kreise verweisen selbst darauf, daß dem Bedürfnis nach Versicherung durch die gewerkschaftlichen Klassen genügt werden könne. Und da sollte sich die Arbeiterschaft überall doch auf ihre Verpflichtung besinnen, den Kampf gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung auch auf diesem Gebiete zu führen und zu führen. Solange das Stützstängengesetz in der gegenwärtigen Fassung noch besteht, muß die Arbeiterschaft den Weg der Selbsthilfe, die sich überall beschreitet und gewohnt ist, auch hier gehen, und sie wird durch den Erfolg belehrt werden, daß sie auch hier auf dem richtigen Wege ist.

Die Hirsche „führer“ auf der Anklagebank.

Am Donnerstag den 17. August fand im „Casino“ in Bremen eine von 2000 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Der Referent Wolter (langjähriges Mitglied des Reichs-Demokratischen Gewerkschaftsbundes) sprach über „Die Methode Meuthen und ihr moralischer Zusammenbruch“.

Aus den zweifelhafte Ausführlungen sei folgendes wiedergegeben:

Durch die Presse haben Sie erfahren, daß am 19. Juli der Ortsverein Bremen III des Gewerkschaftsbundes der Metallarbeiter zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten ist. Wir sind deshalb von dem ehrenwerten Meuthen und in der Gewerkschafts-Presse (Regulator und Gewerkschaft) verächtlich und geschmäht worden. Wir haben darüber nur ein Räthsel. Ist es doch nur ohnmächtige Wut, die zu solchen persönlichen Gefäßigkeiten treibt. Wir wollen heute abend die Gründe und Ursachen wiedergeben, weshalb der Ortsverein Bremen III mit dem Gewerkschaftsbund Schluß gemacht hat. Selbst ist uns dieser Schritt nicht geworden, sind doch Kollegen darunter, die zehn Jahre und länger dem Gewerkschaftsbund angehört haben. Wir werden ja sehen, was der hiesige typische Vertreter der Gewerkschaft (Meuthen) und die Hauptleitungen der Gewerkschaften zu ihrer Rechtfertigung anführen können. Vorweg ist zu bemerken, daß wir nicht erst jetzt unsere Anklagen erheben, sondern daß wir schon seit etwa sechs Jahren innerhalb der Gewerkschaften gegen Mißstände gekämpft haben. Was wir dann hier in Bremen erfahren haben, das war denn doch zu viel, das konnten wir nicht mehr mit unserem Gewissen als organisierte Arbeiter vereinbaren.

Wir klagen an, daß es den Gewerkschaftsführern in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der parteipolitischen Neutralität nicht ernst ist, sondern daß sie die Neutralität nur als Aushängeschild gebrauchen, um hinterher als Vasallen der Fortschrittspartei für diese tätig zu sein. Was um so schlimmer ist, da es sich besonders um die ersten Führer handelt. Mit Ausnahme des bekannten Erlesens, der Kipp und Kar sagt, daß für die Mitglieder der Gewerkschaften nur die liberalen Parteien (einschließlich der nationalliberalen Partei) in Betracht kommen, versuchen die Führer in verschömmener, unklarer Weise für die liberalen Parteien Propaganda zu machen. Dafür nur einige Beispiele: Im Gewerkschaft Nr. 38 vom 16. Mai 1908 heißt es in einem Leitartikel: „... Wir halten fest an der Neutralität. Wir dienen dem liberalen Gedanken, aber lassen unsere Bewegung nicht in den Rahmen einer Partei spannen.“ Wohl gemerkt, dieser Satz wurde in einem Artikel geschrieben, in dem gegen die Gewerkschaftler, die Mitglieder der demokratischen Vereinigung waren, polemisiert wurde. „Auf dem Gewerkschaftstag für Rheinland und Westfalen am 25. April 1909 (in Düsseldorf) sagte der erste Führer Goldschmidt wörtlich: „Für die Gewerkschaften bleibt dabei, wenn sie sich Bedeutung erlangen wollen, nur die Beteiligung im politischen Leben auf Grund der breiten liberalen Weltanschauung übrig. Keiner bestimmten Partei zuzugehen oder zu leiden... Aufgabe der Gewerkschafts-Presse sei es, Licht in den Sinne des großen liberalen Gedankens in die Massen zu bringen.“ Wie Goldschmidt und seine Freunde Levin u. f. w. „dem liberalen Gedanken“ dienen wollen, ohne den liberalen Parteien dadurch zu dienen — ob sie sich selbst darüber klar geworden sind? Die Gewerkschaftler sollen sich im politischen Leben auf Grund der „liberalen Weltanschauung“ betätigen, sagt Goldschmidt. Im selben Artikel sagt er, „keiner Partei zuzugehen oder zu leiden“. Wie mag sich Goldschmidt das gedacht haben? Wenn man im politischen Leben jemand zu einer bestimmten Weltanschauung erziehen will, so kann dies doch nur im Sinne einer bestimmten politischen Partei geschehen, oder man erzieht politische Unwissenheit. Da Goldschmidt das letztere doch wohl nicht will, so bleibt nur übrig: Erziehung der Gewerkschaftler im Sinne der liberalen Parteien (Fortschritt- oder nationalliberalen Partei). Durch die unklare, verworrene Ausdrucksweise Goldschmidts und seiner Freunde sollen die Gewerkschaftler zunächst nicht merken, wohin der Kurs gehen soll. Auf gut deutsch heißt das: den Mitgliedern Sand in die Augen streuen.

Daß es so ist, daß die leitenden Führer der Gewerkschaften im Sinne der Fortschrittspartei dirigieren wollen, das haben einzelne Führer in ihren schwachen Stunden selbst eingestanden. Als im Jahre 1908 die Demokratische Vereinigung gegründet wurde, stehen sich diese Gewerkschaftler bei dieser neuen Partei einzeichnen. Einzelne Führer der Gewerkschaften glaubten wohl, dieser Stimmung der Mitglieder Rechnung tragen zu sollen. Der Hauptvorsitzende und Redakteur des Regulator (Gleichauf) hat mich, ihn mit dem Führer der Demokraten, dem verstorbenen Dr. Barth, bekannt zu machen. Bei einer Zusammenkunft mit Dr. Barth erklärte sich Gleichauf bereit, in der Berliner Volkszeitung mehrere Artikel im Sinne der Demokratischen Vereinigung zu schreiben, obwohl Gleichauf nicht Mitglied dieser Partei war. Ein Artikel „Der Liberalismus und die Arbeiterschaft“ wurde dann dann auch in den Nummern 451 und 453, Jahrgang 1908, der Berliner Volkszeitung veröffentlicht. In diesem Artikel schreibt Gleichauf unter anderem: „Außerdem soll all den Arbeitern, die nicht auf dem marxistischen Standpunkt der heutigen Sozialdemokratie stehen, der Beweis geliefert werden, daß ihr richtiger Platz die neue Demokratische Vereinigung ist.“ Hier machte Gleichauf Propaganda für die Demokratische Vereinigung und tabelte die Führer der Gewerkschaften, die mit der Fortschrittspartei hielten, wie folgt: „... Und bei dieser Partei, deren Zeitungen nach dem Gewerkschaftsbund der Förderung der Arbeiterinteressen nützlich und hindernd entgegenstehen, war der Umsturz der Gewerkschaften und der Redakteur des Gewerkschaftsbundes, Goldschmidt, Fraktionsmitglied. Ist es das ein Wunder, wenn die Gewerkschaften nicht in die Massen der Arbeiter eindringen, wenn ihre ersten Führer jahrzehntlang mit einer Partei arbeiteten, die den Arbeiterinteressen hindernd entgegensteht? (Gemeint ist die Fortschrittspartei.) Weiter heißt es dann: „Mit dieser Wokpolitik (Wokpolitik) ist die liberale Klasse der Gewerkschaftler nicht einverstanden, aber wie vor 30 und 20 Jahren maßgebende Führer einzelner Gewerkschaften die Fortschrittspartei zwar schärf tabellen, ihre obersten Verbandsführer aber trotzdem unentwegt dabei mitarbeiteten und dadurch den Gewerkschaften den Weg in die große Masse der Arbeiter verpflanzten, ist es heute genau ebenso.“ Wohl gemerkt, es ist der Hauptvorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Metallarbeiter und Metallarbeiter, der seinen eigenen Kollegen vorwirft, daß ihre politische Betätigung bei der Fortschrittspartei schuld sei an dem Niedergang der Gewerkschaften. Das will doch immerhin was heißen.

Den übrigen Führern bereiteten die Artikel Gleichauf's sicheres Unbehagen. Sie ärgerten ihn und verboten Gleichauf das Artikel-schreiben für politische Parteien. Gleichauf suchte sein Verhalten in einem Artikel „Was der Generalrat nicht gern sieht“

zu rechtfertigen. Er schrieb: „Je lebenskräftiger die bestehende demokratische Vereinigung die Gewerkschaften anzieht, desto angänglicher ziehen sich deren maßgebende Führer dieser Bewegung gegenüber in das Gehäuse einseitiger „Neutralität“ zurück. In Wirklichkeit bestand und besteht diese gewerkschaftliche Neutralität in der wohlwollendsten Duldung der Ausübung freier politischer Parteipolitik seitens der Führer und Mitglieder.“ Zum Schluß sucht dann Gleichauf die Mitglieder gegen den Generalrat mobil zu machen. Er schreibt: „Sollte der Generalrat der Maschinenbauer wirklich so leicht unterrichtet sein über die Stimmung in den Mitgliederkreisen, daß er meint, die Unterdrückung des demokratischen Empfindens der Mitglieder sei keine Gefahr für den Gewerkschaftsbund, dann allerdings wäre es an der Zeit, daß die Mitglieder ihre Meinung an den Generalrat mit aller Deutlichkeit zur Kenntnis brächten. Wie wir die Stimmung aus zahlreichem Zuschriften und anderen Anzeichen kennen, ist gerade ein Festhalten an der Praxis, daß sich Mitglieder oder Beamte nur bloß freistündlich politisch betätigen dürfen, eine schwere Gefahr für die Gewerkschaften.“

Gleichauf hatte damals die Mehrzahl der Mitglieder auf seiner Seite, die Gärung wäre auch zum Ausbruch gekommen, wenn Gleichauf nicht schon nach acht Tagen widerrufen hätte. Und zwar mit seinem Namen in der Berliner Volkszeitung. Die Redaktion der Berliner Volkszeitung schrieb damals: „Daß der Generalrat Herrn Gleichauf ähneln, gegen sich selbst öffentlich Zeugnis abzulegen, ist ein nicht weniger als erfreuliches Intermezzo, das durch das Beamtenverhältnis des Herrn Gleichauf zum Gewerkschaftsbund erklärt, nicht aber entschuldigend wirkt.“ Man erfährt aus diesen Vorgängen: entweder du betätigst dich in der Fortschrittspartei, oder wir wenden Zwang an.

So sieht es mit der politischen Neutralität der Gewerkschaften in der Praxis aus. Die Mitglieder der Gewerkschaften fragen sich immer wieder: weshalb diese Verläufe der tonangebenden Führer für die Fortschrittspartei? Ist doch diese Partei ebenso schamhaft wie alle anderen rechtsstehenden Parteien. Uns selbst wurde im Laufe der Zeit vieles klar. Im Jahre 1909 wurde in Bremen ein Sekretariat errichtet, obwohl hier noch nicht einmal 40 Mitglieder waren. Wo keine Mitglieder, da ist auch kein Geld. Wir forschten nach, und der ehrenwerte Meuthen selbst sagte uns: Zur Gründung des Sekretariats sind von zwei bürgerlichen Herren 4000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Die Gewerkschaften v. Doojen und Trittel haben dies im Verlauf der Zeit ebenfalls beigesteuert. (Sollten die Herren dies jetzt bestreiten wollen, so würden sie sich am Gericht meinlich machen.) Die Namen der Geldgeber konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren. Wir werden aber nicht zögern, wenn wir die Geldgeber in der „Vereinigung der liberalen Reichstagsabgeordneten“ — soll heißen: Vereinigte Fortschrittspartei und Nationalliberale Partei — suchen, denn einer der hiesigen Führer der Fortschrittspartei, Karlmeier, war auch auf dieser Konferenz anwesend, und beteiligte sich sehr eifrig an der Diskussion. Ich möchte nun die Mitglieder der Gewerkschaften drauhen im Laufe der Zeit, was sie dazu sagen, daß Führer der Fortschrittspartei geschlossene Gewerkschaftskonferenzen besuchen, wo über die Anstellung von Gewerkschaftsbeamten beraten wird. Als wir Meuthen das in einer Versammlung vorstellten, erklärte dieser Arbeitervertreter: „Wenn ich noch viel mehr Tausende von Mark von meiner Partei (Fortschrittspartei) bekommen könnte, würde ich sie nicht zurückweisen; die freien Gewerkschaften hätten doch Millionen Mark bürgerlicher Gelder in ihren Gewerkschaftshäusern als — Hypothek.“ (Große Heiterkeit.)

In diesem Jahre wurde der zweite Gewerkschaftssekretär ange stellt. Diese Anstellung ist in der Gewerkschafts-Presse nicht ausgesprochen worden, sondern der Sekretär ist in einer geschlossenen Gewerkschaftsversammlung gewählt worden. In dieser Versammlung haben ebenfalls mehrere bürgerliche Herren aus dem Fortschrittslager teilgenommen. Einige Mitglieder wollten, daß die Anstellung ausgesprochen werde, der Ortsvereinsvorsitzende v. Wosten erklärte diesen Kollegen: „Ausprechen können wir die Stelle nicht, denn der zweite Beamte wird von bürgerlichen bezahlt.“ Daß es schon so weit gekommen war, hätten wir nicht geglaubt, aber die Tatsachen zeigten für die Wahrheit dessen, was wir angeführt haben. Außerdem können wir für all diese Vorwände zahlreiche Zeugen nennen. Ja, der ehrenwerte Meuthen wagte es sogar davon zu reden, daß er bei dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf mit den Gewerkschaften eine Sturmkolonne bilden und mit ihr die sozialdemokratischen Versammlungen föhren würde. Die Mitglieder dieser Sturmkolonnen sollten für ihre Tätigkeit bezahlt werden. Sollte Meuthen solche „Selbsttaten“ mit dem Gewerkschaftsgelde bezahlen? Und wenn ja, was sagen dann die Mitglieder der Gewerkschaften dazu? Doch die Mitglieder des Ortsvereins Bremen III hatten genug, sie wollten von solcher Freireiherung der Arbeiterschaft nichts mehr wissen, sie wollten sich nicht zum freiwilligen Kanonenfutter degradieren lassen. Wir haben getan, was wir tun mußten. Wir wissen aber auch, daß wir mit unserem Urteil der übergrößen Mehrzahl der noch vorhandenen Gewerkschaftler aus der Seele gesprochen haben, denn die aufrichtig denkenden Mitglieder werden sich für solche parteipolitische Geschehnisse ihrer Führer bestens bedanken.

Der Referent kam dann auf die Unfähigkeit der Gewerkschaftsführer und deren arbeiterverrätherisches Verhalten zu sprechen. Wir werden in nächster Nummer auch diese Ausführungen wiedergeben.

Zu den Aussperrungen.

Wo sitzen die unehelichen Mütter?

Die sogenannte Deutsche Arbeitgeber-Zeitung war mehrere Wochen lang recht schmelzhaft, offenbar weil bei diesem Kampf zuviel vorkommt, was zu ihrer Ehrentafel nicht recht passen will. In ihrer Nr. 36 hat sie endlich einmal unter der Ueberschrift „Uneheliche Mütter“ einen Räbel ihrer alten Lebenswürdigkeiten zusammenbringen können, und zwar ist es diesmal das Berliner Tageblatt, das wegen eines Artikels in seiner Abendausgabe vom 9. August angefaßt wird. Allerdings ist die Schimpfleistung im Vergleich zu früheren immerhin noch recht lebern ausgefallen. Wir brauchen uns dabei nicht aufzuhalten und wollen hier nur einige Entstellungen der Wahrheit anmalen, die das Schamröthchen sich auch bei dieser Gelegenheit leistet. Es heißt da unter anderem:

„Somit verlangte er (der sozialpolitische Mitarbeiter des Berliner Tageblattes) nichts anderes, als daß die Arbeitgeber grundsätzlich auf jede Möglichkeit der Fortschrittlichkeit verzichten, nach so ungerechtfertigte und übertriebene Forderungen der Gewerkschaften mit Hilfe der Ausnutzung des ihnen ebenso wie den Arbeitern zustehenden Koalitionsrechtes und Streikrechtes zurückzuweisen, um anstatt dessen so lange kampfflos alles bewilligen, was man von ihnen zu haben wünscht, bis sie endlich bereit am Boden liegen und ihre Fabriken der Arbeiterschaft zur weiteren Bewirtschaftung überantworten. Wäre der Gedanke nicht so dumme,

fürwahr, er wär' versucht gewesen zu nennen! Eine solche Selbstermahnung des Unternehmertums würde uns allerdings dem demokratischen Endziel der Fabrikationsreform und der Erreichung der individuellen Produktivitätsmethode durch den Kollektivismus in sich und jeder Eile näher bringen. Man bedenke: die sozialdemokratische Arbeiterschaft darf sich gewerkschaftlich organisieren, darf streiken und boykotten, darf jedes Gewaltmittel anwenden, um ihren Willen durchzusetzen, die Arbeitgeber aber dürfen sich bei Leibe nicht der Anwendung entsprechender Gegenmaßnahmen schuldig machen; sie dürfen höchstens auf dem Wege des kontraktlichen Verfahrens, ein jeder für sich, entgegenstehende Meinungen beiseite zum Ausdruck bringen, und müssen sich, falls sachlicher Würdigung ihrer Argumente höhere Milderungen demokratischer und sozialistischer Objektivität entgegenstehen, bei der Erwägung beruhigen, daß die ziffermäßige Majorität ihrer Widersacher gerechterweise den Sieg davonzutragen hat über alles, was Vernunft und Logik erhellen!“

Man vergleiche nun diesen Erguß und besonders die von uns durch Sperrdruck herorgehobenen Stellen mit dem, was der abgegangene Metallarbeiter des Berliner Tageblattes wirklich geschrieben hat (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 33, Seite 264). Was soll man von einem solchen Versuch, die Leser der Arbeitgeber-Zeitung zu täuschen, noch weiter sagen? Es ist aber noch nicht alles. Der Schluß lautet folgendermaßen:

„Ein ehelicher Freund der deutschen Götterzeugung würde aus dieser Sachlage vorab die Folgerung ziehen, daß er der Arbeiterschaft bringen größere Wahrung hinsichtlich der Geltendmachung ihrer Forderungen anempfiehlt. Nicht so das Berliner Tageblatt und die ihm nahestehende Presse. Mit charakteristischer Schmeichelei preisen sie die vorzügliche Organisation und die gewaltigen Mittel der Gewerkschaftler, übergehen geschäftlich die Untersuchung der dem Vorzuge gegen die Metallindustriellen zugrunde liegenden Handlungsmotive und richten erste Warnungen an die Adresse der Arbeitgeber für den Fall, daß diese es sich belommen lassen sollten, zur Wahrung noch so berechtigter Interessen der Gewalt mit Gewalt zu begegnen! Dabei noch obendrein nach echter Schiebermanier so ganz nebenher das Fälscherkunststückchen verknüpft wird, die Angegriffenen insofern zu Anzetteln zu streifen, als den Arbeitgebern die Unfähigkeit unterstellt wird, mit dieser Aussperrungen die Arbeiterorganisation zu sprengen.“

Dieser Mann will noch von Fälscherkunststücken sprechen! Er hat aber wohl nicht gedacht, daß zu derselben Zeit, wo sein Artikel erschien, die an dem gegenwärtigen Kampf interessierten Personen die Broschüre unseres Kollegen Haack entweder ganz oder im Auszuge schon in Händen hatten, worin die Umtriebe einiger Aussperrungswilliger in ihrer ganzen Schamhaftigkeit entpuppt worden sind. Ach, Ach, dreimal elendes Ach!

In Chemnitz wurden am 1. September gleich nach Arbeitschluss acht große Versammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: Die Ursachen der Metallarbeiter-Aussperrung in Sachsen. Referenten waren die Kollegen: Gschelker, Goldt, Friedel, Strobel, Bäch, Franz, Fritsch und Steinbach. Ferner sprach im benachbarten Einsiedel noch Kollege Bedert. In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 1. September versammelten Metallarbeiter haben aus den Ausführungen des Referenten entnommen, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch das sächsische Kartell der Metallindustriellen nur durch die unwohnen, die öffentliche Meinung irreführenden Behauptungen der Leipziger Metallindustriellen verursacht ist.“

Die Versammelten bedauern, daß sich die Chemnitzer Metallindustriellen durch die Leipziger Unternehmer haben täuschen lassen und in letzterfingiger Weise Tausende von fleißigen Arbeitern droilos gemacht und dadurch eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens herbeiführten.

Die Chemnitzer Metallarbeiter erkennen den Ernst der Lage und werden alles anstreben, den Wunsch der Metallindustriellen, die Organisation zu vernichten, nicht in Erfüllung gehen zu lassen und versprechen deshalb, den ihnen in folgender Weise aufgezwungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen.“

Zu gleicher Zeit veranstalteten die Textilarbeiter eine großartige Solidaritätskundgebung in Form von sieben Versammlungen. Es sprachen dort die Genossen Floherschütz, Gruner, Buchwitz, Genossin Helene Wagner, Genossen Laubisch, Polorny und Rehner. In allen Versammlungen wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Als in Chemnitz das neue Rathaus eingeweiht wurde, soll nach einem im Berliner Tageblatt vom 5. September veröffentlichten Telegramm eine Kompanie des 104. Infanterieregiments mit scharfen Patronen marschbereit in der Kaserne gestanden haben, weil man fürchtete, die ausgesperrten Metallarbeiter könnten die Festrede föhren. In dieser unbegründeten Angst zeigt sich das böse Gewissen der bestehenden Klasse.

Die sächsische Volkszeitung (Zentrumsorgan) ließ sich am 4. September (Nr. 757, Abendausgabe) folgendes aus Sachsen berichten:

„Nachdem die am vergangenen Samstag in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen zu keiner Einigung geführt haben, ist der Kampf in der sächsischen Metallindustrie leider zur Tatfache geworden. Anfangs hieß es, die beschlossenen Aussperrungen sollten vorerst noch hinausgeschoben werden, da die Verhandlungen weitergeführt werden sollen. Das ist aber nicht geschehen. Jedoch wird in Sachsen der Kampf von den Arbeitgebern nur wenig konsequent und offenbar nur mit Widerwillen geführt. In Dresden sind nicht 60 Prozent, sondern nur etwa 15 Prozent der Metallarbeiter ausgesperrt. Nicht viel höher ist der Prozentsatz in Chemnitz. Auch in den Provinzstädten steigt die Zahl der Aussperrten nur bis auf 25 Prozent. Die Arbeitgeber sollen eine Unterflüchtung erhalten. Diese Maßregel hat große Erbitterung hervorgerufen. Sie ist wieder einmal recht geeignet, den Sozialdemokraten neue Zuläufer zu verschaffen. Hoffentlich findet der wirtschaftliche Kampf im Interesse beider beteiligter Parteien und der gerade jetzt so blühenden Industrie bald durch eine Einigung ein Ende.“

Die Leipziger Kollegen demonstrieren am Sonntag den 3. September in drei großen, nebeneinander abgehaltenen Versammlungen, die im Frauereigenen zu Stödtteritz stattfanden. Sehr viele Kollegen nahmen den Weg dahin über den Königsplatz, so daß sich auf dem Wege zum Versammlungsorte allmählich ein gewaltiger Demonstrationsszug bildete. In den Versammlungen nahmen ungefähr 16 000 Kollegen teil. Es referierten die Kollegen Fromm, Probst und Tischler. Nach der Versammlung war, die Kollegen von der Sachlage zu informieren. Es wurde ihnen unter anderem mitgeteilt, daß von den 44 000 Metallarbeitern, die in Leipzig, Dresden, Chemnitz und ganz Thüringen hätten ausgesperrt werden sollen, erst die Hälfte ausgesperrt worden war, und daß auf dieses nur erst mittels brutaler Strafandrohungen durch die Unternehmer (50 M. pro Mann und Tag) erzwungen werden konnte. Auch der erste Vorsitzende des Industriellenverbandes in Leipzig habe anstatt der 60 Prozent erst 33 Prozent ausgesperrt. Unter den Aussperrten befänden sich auch viele Unorganisierte, selbst solche, die

tion mit 504 gegen 37 Stimmen angenommen: „Die am 4. September 1911 bei Vorwahl tagende Versammlung der in der elektrotechnischen Industrie Hamburgs und Umgegend beschäftigten Arbeiter beauftragt, daß seitens der drei in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen eine Verhandlung bezüglich der eingeleiteten Tarifvorlage mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgelehnt wurde. Die Versammlung ist der Meinung, daß es im Interesse auch der Unternehmer liegt, wenn eine Vereinbarung zwischen den Organisationen zustande kommt und beschließt deshalb: Am Dienstag den 5. September wird in allen Betrieben der elektrotechnischen Industrie die Arbeit niedergelegt. Ausgenommen von der Arbeitsniederlegung sind die als Betriebselektriker Beschäftigten.“ Am Dienstag ist dann die Arbeit auf der ganzen Linie eingestellt worden. Es kommen circa 650 Elektriker in Betracht. Wir bitten, den Zugang von Elektrikern und Helfern nach Hamburg streng fernzuhalten.

Köln a. Rh. Der Streik dauert nunmehr bereits fünf Wochen, auf beiden Seiten wird mit großer Hartnäckigkeit gekämpft. Die Unternehmervereinigung hat sich mit ihrem Beschluß — mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht zu verhandeln — arg festgerannt, so daß die Mehrzahl der Mitglieder ihrem Vorstand schon die Gefolgschaft verweigert. Denn die zwei letzten Unternehmerversammlungen waren nur von 25 und 18 Mann besucht, die über achtzig eingeladenen Firmen. Daraus spricht doch die hohe Zersplittertheit, der Vorstand wird wohl bald allein bestehen. Der Vorstand der Vereinigung befindet sich zurzeit in Bad Neuenahr und fährt zu seinen Versammlungen eigens nach Köln, um seine Getreuen reichlich Mitteln gut auszuhalten. Die Arbeiter haben sich auf einen längeren Kampf vorbereitet, sie werden ihn mit festem Willen zu Ende führen. Zudem haben bereits eine Anzahl Geschäfte den Tarif unterzeichnet. Außerdem werden ständig nach auswärts Arbeitskräfte verlangt, so daß schon über hundert Kollegen anderweitig untergebracht sind. Bei der Arbeit wurde effizienter Kollegen von den Unternehmen gesagt: „Sie werden doch nach dem Streik wieder kommen. Wir möchten gern unsere alten Leute wiederhaben.“ Dieser Wunsch wird sich aber nur in beschränktem Maße erfüllen lassen, und neue Kräfte heranzuziehen wird ihnen bei der jetzigen Konjunktur auch nicht leicht werden. Das dürften ihnen auch schon die Erfahrungen mit den herbeigeholten Arbeitswilligen gelehrt haben, die trotz ihnen allerdings fast ausnahmslos wieder abspensig gemacht haben. Da können selbst Polizeiposten nichts helfen, sie können höchstens für Unterhaltung sorgen. Im übrigen steht es schon jetzt fest, daß der Standpunkt der Unternehmer unhaltbar geworden ist. Es ist Verleumdung und Machtwort, denen die hiesigen Unternehmer durch ihren Vorstand zum Opfer gefallen sind.

Emaillierer.

Düsseldorf. „Aus der Emaillelüttenpraxis“ betitelt sich zwei Artikel in den Nummern 25 und 26 der illustrierten Zeitung für Blechindustrie, die verdienen, etwas näher betrachtet zu werden, und den Emaillearbeitern, wovon gewiß recht wenige die genannte Zeitung zum Lesen bekommen, vor Augen zu führen, wie man vom höheren Beamtenstande aus ihre Tätigkeit einschätzt. Der Verfasser gibt sich alle Mühe, seine theoretischen und praktischen Kenntnisse zum Ausdruck zu bringen, aber doch kommt man beim Durchlesen dieser Artikel zu der Ansicht, daß bei ihm Theorie und Praxis nicht übereinstimmen. Das tritt um so deutlicher dort hervor, wo von den betreffenden Arbeitern, wie Aussträgern und Brennern, die Rede ist. Was er über die Behandlung der Rohware vor dem Auftragen sowie der zum Auftragen hergestellten Masse z. B. sagt, darin muß man dem Verfasser im großen ganzen beipflichten, auch wenn er schreibt, daß das Auftragen eine wichtige und sorgfältig ersehende Arbeitsoperation ist; nur muß hier noch hinzugefügt werden: auch eine anstrengende und aufreibende Arbeit. (Siehe den Artikel in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung.) Wenn der Verfasser aber schreibt, er wäre überhaupt nicht für Aufträge, höchstens nur bei schwereren und größeren Dimensionen, sondern für Auftragsarbeiten, wobei er viele gute Eigenschaften dieser Arbeiterinnen hervorhebt, so muß man sagen, daß ihm da die praktischen Kenntnisse abgehen. Es ist ihm eben nur darum zu tun, den Unternehmern die weiblichen Arbeitskräfte deswegen zu empfehlen, weil sie billiger sind. Daß sich das Auftragen durch Arbeiterinnen in den Emaillebetrieben überhaupt nicht durchführen läßt, ist in der Emailleindustrie bekannt, und wird nur noch in geringer Zahl zum Auftragen von kleinen Gefäßteilen verwendet. Weiter wird geschrieben, jedem Auftrager solle ein Mädchen von 13 bis 14 Jahren beigegeben werden zum Abwischen der Gefäßteile und dazu, die auf Bretter oder Schienen gelegten Waren nach dem Trockenregeln zu tragen z. B. Die jungen Mädchen sollten langsam zur Auftragsarbeit herangebildet werden; da muß man fragen, wie so etwas zu schreiben möglich ist. Im allgemeinen ist die Beschäftigung, die der Verfasser Schulkindern zumutet, mit Ausnahme des Abwischens der Gefäßteile, eine anstrengende und es werden dazu hauptsächlich nur Männer verwendet. Der Artikelschreiber scheint wohl aus den ostpreussischen Gefilden zu stammen, wo die Schulkindern dem preussischen Junker beim Rübenausziehen und Kartoffelsetzen für ein paar Pfennige pro Tag ironen müssen. Im allgemeinen ist das Auftragen und das Transportieren der Waren eine anstrengende Arbeit, es sollen dazu keine Frauen und Mädchen, und Schulkindern erst recht nicht verwendet werden. Nun zu den Brennern. Auch da wollen wir uns mit dem Verfasser nicht streiten über Ofenkonstruktion und Brennverfahren, diese sind doch in jeder Emaillefabrik anders; auch ist es richtig, daß der Ofen, der Grund brennt, in der Nähe der Grundauftrager stehen soll. Was er aber weiter schreibt, und dies betrifft die praktische Arbeit eines Brenners, anfangend mit dem Zweibrennsystem, so muß man doch sagen, daß dies in der Praxis kaum durchführbar sein wird. Der Verfasser versteht unter Zweibrennsystem folgendes: Ein Ofen mit Ware ist im Ofen, ein zweiter Ofen wird in der Zeit, wo der erste Ofen voll Ware ausbrennt, abgepackt und vollgepackt, dann wird der erste Ofen mit Ware aus dem Ofen herausgeholt und der zweite Ofen mit Ware in den Ofen hineingefahren und so abwechselnd immer weiter. Von Stempeln, Richten, Rügen und Wordieren, wie dieses in vielen Betrieben die Brenner noch selbst besorgen müssen, ist keine Rede. Ferner sollen an einem Ofen von 240 bis 260 Zentimeter Länge und einer Breite von 85 bis 100 Zentimeter nach Ansicht des Verfassers ein Brenner und ein Hilfsarbeiter genügen. Das ist praktisch undurchführbar. Man hat ja auch in der Regel an solchen großen Ofen, mit Ausnahme der Grundöfen, drei bis vier Mann. Das müßte ja auch mit zwei Mann eine schöne Beschäftigung geben, ich möchte die Primarware sehen, die bei solcher Arbeitsmethode erzielt wird. Der Verfasser war wahrscheinlich nur in solchen Emaillebetrieben tätig, wo billige Primarware, aber keine Primarware fabriziert wurde. Ferner wird geschrieben, die Brenner in fast allen Emaillebetrieben arbeiteten acht Stunden in drei Schichten. Im Durchschnitt wird aber zehn Stunden in zwei Schichten gearbeitet. Jetzt kommt das wichtigste für die Unternehmer, das ist die Leistung. Eine Tagesleistung mit fünf Grundöfen und neun Fertigöfen soll 10 000 Kilogramm Primarware sein. Da muß gesagt werden, daß gerade die Abwischung das Schmerzenskind der Emaillewerke ist. Nirgends und nie können genug Kilo gemacht werden, aber mit so einer Gewichtszahl, wie sie der Verfasser anführt, wird wohl auch der Wunsch der Vater des Gedanken bleiben, eine solche Leistung ist, man kann das wohl sagen, noch in keiner Weise mit der angeführten Oenzahl auch nur annähernd erreicht werden. Aus den Artikeln liest man also heraus: Einschränkung der Aufträge und Ersatz durch Auftragsarbeiten, niedrige Löhne, größte Ausnutzung und großer Profit für die Unternehmer. Um die Durchführung dieses Programms zu verhindern, ist es Pflicht eines jeden Emaillearbeiters, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Dann können auch die jetzt bestehenden Mißstände abgeschafft und die noch meist ungenügenden Lohnverhältnisse geregelt werden. In verschiedenen Städten sehen die Metallarbeiter in einer Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit und Regelung der Lohnverhältnisse. Auch für die Emaillearbeiter ist es an der Zeit, zu dieser Sache einmal gründlich Stellung zu nehmen, denn gerade in einer Emaille-

bude wirkt die lange Arbeitszeit bei großer Hitze und vielem Staube geradezu vernichtend auf die Arbeiter ein. Ebenso ist eine Arbeitszeitverkürzung und eine Vergütung für die Nachtarbeit bei den jetzigen Verhältnissen noch schwer zu erreichen. Darum nochmals: Emaillearbeiter, organisiert euch! Der Verfasser der Artikel in der illustrierten Zeitung für Blechindustrie spricht einigermassen kurzem ein Arbeiter, der zugleich eine Gastwirtschaft hatte, sofort entlassen, weil er sein Lokal zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergeben wollte. Das gleiche Schicksal ereilte noch zwei Arbeiter, die die Versammlung, die nicht stattgefunden, besuchen wollten. So fühlen sich diese Herren Direktoren als absolute Herrscher in ihrem Machtbereich. Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Unterbeamten in dem Arbeiter auch nur ein Werkzeug erblickten, mit dem man nach Belieben hantieren kann. Ganz besonders versteht es der Blagmetter, wie sie einem Kasernenoffizier alle Ehre machte. So müssen die Leute bei Beginn der Arbeitszeit in Reih und Glied antreten; wehe dem, der die Hände in den Taschen hat oder bei dem die Schaufel nicht zur Stelle ist; dann hagelt's grobe Worte und der Betreffende wird noch obendrein damit bestraft, daß er für den Tag keinen Vorstoß bekommt. Bei diesen Verhältnissen ist es nun endlich so weit gekommen, daß den Hüttenarbeitern, die für die Organisation schwer zu gewinnen waren, die Augen geöffnet worden sind und daß sie einigermassen durch vereinigte Kraft diese Zustände ein Ende gemacht werden. Obwohl die Hüttenleitung auf ein von den freien Gewerkschaften herausgegebenes Flugblatt durch einen Anschlag auf der Hütte ihre Arbeiter „ernst“ und „eindringlich“ ermahnte, doch die „guten“ Beziehungen zwischen Arbeit, „gebet“ und „Arbeit, nehmer“ nicht zu stören, blieben die Arbeiter standhaft. Und als kurz darauf im benachbarten Oberg eine öffentliche politische Versammlung der sozialdemokratischen Partei stattfand, war sie von annähernd 300 Personen besucht. Im Schluß derselben wurden 70 Aufnahmen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht. Verärgert hierüber, hat die Hüttenleitung nun 16 Mann, die in der Versammlung waren, sofort entlassen. Angeblich die sogenannten Rädelsführer, zum Teil hat man aber doch die Unrechten herausgegriffen. Einer der Entlassenen hat bereits 23 Jahre auf der Hütte gearbeitet. Aber man schert sich den Teufel darum, denn die „guten“ Beziehungen, mit anderen Worten: die Herauswirtschaftung hoher Dividenden darf nicht gestört werden. Doch ihren Zweck werden die Hüttenbetriebe mit solchen Maßnahmen nicht erreichen, sie werden die hellsehenden Plänen der Begeisterung für die Organisation bei ihren Arbeitern nicht mehr erschüttern können. Sollten sie sich zu weiteren Maßregelungen geneigt fühlen, so werden sie sich dabei ins eigene Fleisch schneiden. Die Erbitterung unter den Arbeitern würde dann zunehmen und der letzte Mann kommt dann zu der Überzeugung, daß es hier nur eine e n e S i s t e m e gibt, und das ist der Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Und die Herren Hüttenbetriebe werden sich wohl oder übel damit abfinden müssen, organisierte Arbeiter zu beschäftigen.

Hüttenarbeiter.

Peine. In der Hütte der Hütte, die im letzten Jahre nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 33 1/2 Prozent ausgeschüttet hat, herrschen schlechte Arbeitsverhältnisse. Neben schlechter Entlohnung läßt die Behandlung durch die Unterbeamten zu wünschen übrig. Von der Hüttenleitung wird ein Terrortismus ausgeübt, wie er nicht leicht gelehrt werden kann. So wurde vor kurzem ein Arbeiter, der zugleich eine Gastwirtschaft hatte, sofort entlassen, weil er sein Lokal zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergeben wollte. Das gleiche Schicksal ereilte noch zwei Arbeiter, die die Versammlung, die nicht stattgefunden, besuchen wollten. So fühlen sich diese Herren Direktoren als absolute Herrscher in ihrem Machtbereich. Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Unterbeamten in dem Arbeiter auch nur ein Werkzeug erblickten, mit dem man nach Belieben hantieren kann. Ganz besonders versteht es der Blagmetter, wie sie einem Kasernenoffizier alle Ehre machte. So müssen die Leute bei Beginn der Arbeitszeit in Reih und Glied antreten; wehe dem, der die Hände in den Taschen hat oder bei dem die Schaufel nicht zur Stelle ist; dann hagelt's grobe Worte und der Betreffende wird noch obendrein damit bestraft, daß er für den Tag keinen Vorstoß bekommt. Bei diesen Verhältnissen ist es nun endlich so weit gekommen, daß den Hüttenarbeitern, die für die Organisation schwer zu gewinnen waren, die Augen geöffnet worden sind und daß sie einigermassen durch vereinigte Kraft diese Zustände ein Ende gemacht werden. Obwohl die Hüttenleitung auf ein von den freien Gewerkschaften herausgegebenes Flugblatt durch einen Anschlag auf der Hütte ihre Arbeiter „ernst“ und „eindringlich“ ermahnte, doch die „guten“ Beziehungen zwischen Arbeit, „gebet“ und „Arbeit, nehmer“ nicht zu stören, blieben die Arbeiter standhaft. Und als kurz darauf im benachbarten Oberg eine öffentliche politische Versammlung der sozialdemokratischen Partei stattfand, war sie von annähernd 300 Personen besucht. Im Schluß derselben wurden 70 Aufnahmen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht. Verärgert hierüber, hat die Hüttenleitung nun 16 Mann, die in der Versammlung waren, sofort entlassen. Angeblich die sogenannten Rädelsführer, zum Teil hat man aber doch die Unrechten herausgegriffen. Einer der Entlassenen hat bereits 23 Jahre auf der Hütte gearbeitet. Aber man schert sich den Teufel darum, denn die „guten“ Beziehungen, mit anderen Worten: die Herauswirtschaftung hoher Dividenden darf nicht gestört werden. Doch ihren Zweck werden die Hüttenbetriebe mit solchen Maßnahmen nicht erreichen, sie werden die hellsehenden Plänen der Begeisterung für die Organisation bei ihren Arbeitern nicht mehr erschüttern können. Sollten sie sich zu weiteren Maßregelungen geneigt fühlen, so werden sie sich dabei ins eigene Fleisch schneiden. Die Erbitterung unter den Arbeitern würde dann zunehmen und der letzte Mann kommt dann zu der Überzeugung, daß es hier nur eine e n e S i s t e m e gibt, und das ist der Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Und die Herren Hüttenbetriebe werden sich wohl oder übel damit abfinden müssen, organisierte Arbeiter zu beschäftigen.

Glempner.

Frankfurt a. M. Am 5. August traten die hiesigen Spengler und Installateure, nachdem die Forderung eine ernsthafte Verhandlung ablehnte, in den Streik. Wider Erwarten der Innungsmeister erfolgte die Arbeitseinstellung in der erwartungsvollen Weise. Die Kollegen waren von dem festen Willen besetzt, endlich auch in Frankfurt geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Bei der bisher bewiesenen Rückständigkeit der Innung und ihres Obermeisters im besonderen, waren alle Beteiligten klar darüber, daß ein sehr ernster und hartnäckiger Kampf bevorstand. Diese Bestürzung wurde jedoch bei weitem übertroffen. Die Innung hielt es während der ersten drei Wochen des Kampfes nicht für nötig, eine Innungsverammlung abzuhalten. Schließlich wurde einer Anzahl größerer Geschäfte, die im Verband der Unternehmer des Spengler- und Installateurgewerbes organisiert sind, die Gefährdung zu dem. Auf ihre Anregung fanden Verhandlungen unter Teilnahme des Bevollmächtigten unserer Verwaltung statt. Eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes lehnte das Ergebnis dieser Verhandlungen als zu weitgehend ab. Endlich sah sich auch die Innung genötigt, am 28. August eine Versammlung einzuberufen. Diese Versammlung war ein Schauspiel für Götter. Trotz aller Einwände der größeren Geschäfte sah sie den Beschluß, die Streitangelegenheit auf unbestimmte Zeit zu verlagern. Die Folgen dieser Verweigerung konnten natürlich nicht ausbleiben. Der Arbeitgeberverband ersuchte um erneute Verhandlungen, die zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis führten. Nachdem das Resultat die Zustimmung der Unternehmer und Arbeiter gefunden hatte, erfolgte der Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Verband der Unternehmer des Spengler- und Installateurgewerbes und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Darob Entsetzen im Innungslager über die Disziplinlosigkeit der eigenen Mitglieder. Am 6. September erfolgte der Abschluß des Vertrages. Am 7. September bereits erschienen in den hiesigen Morgenblättern folgendes Inserat der Innung: „Zwangsanweisung der Spengler und Installateure. Seeben wird uns bekannt, daß 13 Herren von dem sogenannten Arbeitgeberverband ein Tarif abgeschlossen haben. Wir bitten unsere Kollegen und Innungsglieder, diesen Tarif nicht zu unterschreiben und dem Innungsbeschluß treu zu bleiben bis zur Versammlung am nächsten Freitag 4 Uhr. Der Vorstand.“ Die Empörung über das Verhalten des Innungsvorstandes machte jedoch diesen Appell zu nichts. Am 7. September lag bereits 30 unterschriebene Tarifverträge vor. Diese Betriebe und die dem Arbeitgeberverband angehörenden Geschäfte, gen über 300 Arbeiter. Die Innung ist völlig ausgefallen und dezimiert. Wohl er übel werden auch die noch ausstehenden Geschäfte, im allgemeinen Zwergerbetriebe mit 1 oder 2 Gefellen, sich genötigt sehen, den Vertrag anzuerkennen. Die hiesigen Spengler und Installateure bilden mit Befriedigung und Stolz auf den Kampf zurück. Sie haben sich wieder geschlagen und damit den Sieg an ihre Fahne gebettet. Die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrages sind folgende: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden (bisher 57 bis 60 Stunden). Samstags ist die Arbeitszeit spätestens um 4 Uhr zu beenden. Die Entlohnung erfolgt Freitags vor Schluß der Arbeitszeit. Der Mindestlohn beträgt für Junggefelln im ersten Halbjahr nach der Lehre 35, im zweiten Halbjahr 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, vom 1. Juli 1913 an 37 und 40 $\frac{1}{2}$, vom zweiten Jahr nach der Lehre bis zum 21. Jahr 42, vom 1. Juli 1913 an 45 $\frac{1}{2}$. Für Gefellen vom 21. bis zum 25. Jahr 52, vom 1. Juli 1913 an 55 $\frac{1}{2}$. Für Gefellen über 25 Jahre 60, vom 1. Juli 1913 an 62 $\frac{1}{2}$. (Die bisherigen Löhne für Junggefelln Gefellen im allgemeinen 50 bis 55 $\frac{1}{2}$.) Alle zurzeit in Arbeit stehenden Gefellen erhalten zunächst den durch die Arbeitszeiterhöhung bedingten Lohnausgleich, außerdem eine Lohnverhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und soweit der Mindestlohn nicht erreicht wird, entsprechend mehr. Überstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag vergütet. Bei Struktur- und sonstigen besonders gefährlichen Arbeiten wird ein Aufschlag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gewährt, für besonders schwere Arbeiten 50 $\frac{1}{2}$, falls die Arbeit länger als 4 Stunden dauert, 1 $\frac{1}{2}$ pro Tag. Bei Bau- und Montagearbeiten wird im alten Frankfurter Stadtgebiet, falls die Arbeitsstelle 4 Kilometer vom Geschäft entfernt liegt, das Fahrgehalt vergütet. In den neueingemeindeten Vororten wird Fahrgehalt, Fahrzeit, und 50 $\frac{1}{2}$ Vergütung pro Tag bezahlt. Bei aus-

wärtigen Arbeiten, wenn abends Rastpause möglich ist, 1 $\frac{1}{2}$. Bei auswärtigen Arbeiten mit Nebenarbeiten beträgt der Zuschlag 3 $\frac{1}{2}$. Die Dauer des Vertrages läuft bis zum 1. Juli 1914. Damit ist endlich auch in Frankfurt nach zweimaligen vergeblichen Versuchen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Urungenheiten der Kollegen sind angesichts der bisherigen rückständigen Verhältnisse bedeutend. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt pro Woche etwa 1200 Arbeitsstunden. Die Lohnverhöhung unter Ausschluß des Zuschlages der Arbeitszeit etwa 700 $\frac{1}{2}$. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte in den geregelten Betrieben und hinsichtlichem E. et am Freitag den 8. September. Da die Innung sich, wie bereits erwähnt, bisher weigert, den Vertrag anzuerkennen, ersuchen wir, vorerst noch Zugang fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Sieford. Seit drei Wochen stehen die Metallarbeiter bei der Firma S i e g e l m e i e r & C o., Inhaber Albert Dörnte, Gabelt von eisernen Bettstellen und Matragen, im Streik wegen Lohnforderungen. Nun versucht die Firma auf alle Art und Weise Streikbrecher zu bekommen. Bis jetzt ist es ihr geglückt, 10 Mann von den Hinzemännern zu bekommen. Diese werden im Betriebe beschäftigt und schlafen im Speiseaal. Als die Hinzemänner mit der Bahn ankamen, wurden sie nicht durch den Wahnsinnig geführt, sondern am Bahngelände entlang, der Straße zu und mit Polizeibegleitung nach dem Betriebe, woran der Chef und der Reisende der Firma teilnahmen. Damit diese Arbeitswilligen mit den Streikposten nicht in Berührung kommen sollten, wurden sie auf dem Fabrikhofe ein Loch in das Traggewebe des Bühnenalles gemacht, um somit auf die gegenüberliegende Straße zu gelangen. Einer von den Arbeitswilligen, der im Betriebe geblieben ist, und sonst im Metallarbeiter-Verband organisiert war, aber wegen rückständiger Beiträge gestrichen worden ist, und jetzt Hausierdienste macht, sollte jetzt eine vierwöchige Kurlung machen. Nun hat es aber der Herr Dörnte fertig gebracht, ihn davon zu befreien. Die Ausständigen stehen den vergeblichen Anstrengungen der Firma fest gegenüber, sie sind der Überzeugung, daß die Firma Siegelmeier & Co. sehr wohl imstande wäre, die gerechten Forderungen zu erfüllen. Zugang ist fernzuhalten.

Mainz. Die Lohnbewegung von den Kollegen der B e l e u c h t u n g s b r a n c h e hat mit einem finanziell geringen Erfolge ihren Abschluß gefunden. Der Verlauf der Lohnbewegung zeigte jedoch einige interessante Seiten. Nachdem der bestehende Tarifvertrag gelündigt war und entsprechende neue Forderungen den sechs Firmen der Mainzer Beleuchtungsbranche zugesellt waren, erklärten die vereinigten Fabrikanten, die Gewinnverhältnisse des Industriezweiges seien trotz aller Anstrengung nach wie vor recht ungünstig geblieben. Weitere Löhne vermöchten sie nicht zu tragen. Es habe infolgedessen auch keinen Zweck, in Erörterungen mit uns einzutreten. Die Fabrikanten seien schwer genug belastet, wenn sie sich bereit erklären, die jetzigen hohen Löhne, welche den gegenwärtigen Lebensverhältnissen vollkommen angepaßt sind, für die zukünftige Zeit weiterzubehalten. Damit wählten die Fabrikanten die Sache für sich als erledigt. Anders Sinnes waren die Arbeiterkollegen in den Werkstätten. Bei der Firma S c h i z & B e r i n g e r, wo die Löhne am ungünstigsten standen, wurden die allgemeinen Forderungen zurückgezogen und eine sofortige Lohnverhöhung verlangt. In gleicher Weise wurde die Firma W u l f v o n uns bedient. Zugleich hatten die Kollegen der erstgenannten Firma ihre Kündigung eingereicht. Jetzt kam Leben unter die Fabrikanten. In einem nachmaligen Schreiben an uns wurde erklärt, daß sie „bei der gegenwärtigen Lage der Branche unter keinen Umständen Lohnverhöhungen z. bewilligen können noch werden.“ Ferner verlangten die Firmen folgendes die Zurücknahme der Kündigung der Schütz & Beringer'schen Arbeiter. Davon konnte bei uns keine Rede sein. Wir stellten es für angebracht, auch die Firma G a s a p a r a t - u n d G u t w e r k, A k t i e n g e s e l l s c h a f t, ebenfalls mit neuen Forderungen zu befehlen. Der Herr Direktor der Firma war darüber erboht und stellte in einem Schreiben an uns fest, daß er oder seine Firma in Arbeiterfragen mit uns nichts zu tun hätten. Mit den hohen Arbeitslöhnen, die der Tarif von 1907 gebracht habe, sei es nicht mehr möglich gewesen, gewinnbringende Ergebnisse herauszuwirtschaften. Jedes weitere Opfer müsse den Ruin der Mainzer Beleuchtungsbranche herbeiführen. Auch die Arbeiter dieser Firma lehnten die Kündigung ein, und die Arbeiter der erst gelündigten Firma traten in den Streik. Es gelang dann nach öfteren schwierigen Verhandlungen, nachstehende B e r e i n b a r u n g z u erzielen: 1. Sämtliche Beleuchtungsunternehmen von Mainz, das heißt die Firmen E. W u l f, H i s c h e r & C o., G a e p p a r a t - u n d G u t w e r k, O e r d h a n & B e d, W a f f m a n n & C o., S c h i z & B e r i n g e r, legen ihren Arbeitern bis zur Lohnverhöhung von 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde 2 $\frac{1}{2}$ zu. Die Arbeiter, die mit einem Stundenlohn von 51 $\frac{1}{2}$ und darüber engagiert sind, erhalten eine Zulage von 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Soweit besondere Lohnzulagen im Anschluß an diese allgemeinen Zugeständnisse erfolgen, kann dies nur freie Sache der einzelnen Firmen selbst sein. 2. Die Firma Schütz & Beringer erklärt sich bereit, die Lohnsätze derjenigen Arbeiter, die etwas niedriger sein sollen als in den übrigen Fabrikbetrieben, einer wohlwollenden Nachprüfung zu unterziehen. 3. Der gegenwärtige Tarifvertrag vom 5. August 1907 bleibt in allen übrigen Teilen bis zum 1. August 1913 bestehen. — Ist der finanzielle Erfolg auch gering, so muß er nach Lage der Sache trotzdem genügt werden. Der moralische Erfolg ist um so höher anzuschlagen; der Entlohnungsgang der ganzen Angelegenheit zeigt es. Von rund 350 Beschäftigten erhalten reichlich drei Viertel die Lohnzulage mit 2 $\frac{1}{2}$, und knapp ein Viertel nur 1 $\frac{1}{2}$. Bei sämtlichen Firmen der Mainzer Beleuchtungsbranche werden nur bessere Qualitätsmaterialien angefertigt. Vor allem sind es meist nur Einzelbestellungen mit besonderem künstlerischen Formen und Geschmack, die eine Menge Vorbereitung, Sorgfalt und Nebenkosten verursachen, aber nachher in gleicher Ausführung nicht mehr verlangt werden. Vom neuerlichen Zug der billigen Waren von Beleuchtungsfirmen, die bei der steten Entlohnung des Gasbeleuchtungswezens guten Absatz finden, profitiert die Mainzer Beleuchtungsbranche leider nichts. Nachdrücklicher Vorkampf darüber, weshalb nicht zur Fabrikation der leichten und billigen Waren übergegangen wird, ist schon oft erfolgt. Im Rahmen ähnlicher Betrachtungen scheint sich auch ein zur Branche gehörender Vertreter zu bewegen, der in seinem Bericht an die M a i n z e r S a n d e l s a m e r unter anderem folgendes demerkt: „Es fehlen hier in Mainz die Bedingungen, beziehungsweise die Hilfsindustrie und deren Vertreterschaft, sowie die Anregungen, welche an ganz großen Mäßen geboten sind.“ Nur mit langwierigen, speziellen Beleuchtungsfirmen, bei welchen es auf großzügige z. Einrichtungen nicht so sehr ankommt und bei welchen der Geschmack und die Fasson eine Rolle spielt, ist das Geschäft lebhafter, aber der beschränkte Bedarf und die rübrige Konkurrenz ziehen dem Umsatz darin seine Grenzen.“ Durch die Konkurrenz werden ja oft verwaltete Situationen geschaffen. Was an Unterbietungen dabei geschieht, geht uns Unanständig. Eine Arbeit für Königshaus wurde von Mainz mit 45 000 $\frac{1}{2}$ kalkuliert, von Berlin mit 22 000 $\frac{1}{2}$. Wir haben keine Ursache, an der Wichtigkeit der Mitteilung über diese skandalöse Unterbietung zu zweifeln. Betriebsverlust und Zusammenbruch können bei Geschäften mit so verwegener Skatulation nicht ausbleiben. Möge es der Mainzer Beleuchtungsbranche gelingen, sich trotz blinder Konkurrenz zu behaupten. Aus den Schwierigkeiten, die sich bei dieser Lohnbewegung gezeigt haben, und aus der Fähigkeit der Fabrikanten müssen für die Zukunft die Arbeitskollegen sehr viel lernen. Die Unvollkommenheiten und Lücken, die uns geblieben sind, sind den Berufskollegen bekannt. Diese befehlen uns, die Aufgabe aller, die eine steigende höhere Lebenshaltung als Ziel vor Augen haben.

Oberelsaß. („Geyerisches“ aus dem Betriebe der S c h a f f i s c h e n M a s c h i n e n b a u - G e s e l l s c h a f t.) Man braucht heute wirklich keine ausgesprochene Lust zum „Aufbegehren der Arbeiter“ gegen den „Brotberri“ mehr zu haben, um Kritik zu üben an den Dingen, wie sie sich tagtäglich im Daseinskampf zwischen dem Kapital und dessen Trabanten und den Arbeitern abspielen. Die Wahrung der elementarsten Menschenrechte, die

Die Arbeiterkraft in einem nicht despotisch regierten Industriebetriebes bestehen muß, fordert eine Kritik geradezu heraus. Und zwar eine Kritik vor der breitesten Öffentlichkeit. In der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft hat bis jetzt immer ein Arbeiterausschuß bestanden, der auch in früheren Zeiten stets das Wohlgefallen bei den Oberen gefunden hat. Natürlich nur so lange, als er sich als ein Hilfsmittel, als ein Dekorationsstück für kapitalistische „Hochhäuser“ hat gebrauchen lassen. Seitdem der Arbeiterausschuß sich seiner Aufgabe bewußt wurde und die Interessen der Arbeiter vertreten hat, wird er nur noch als ein notwendiges Übel empfunden, dem man am liebsten, und zwar auf dem kürzesten Wege, den Garaus machen möchte. An Mitteln und Wegen, um die Prozedur zu vollziehen, scheitert man nicht verlegen zu sein. Diese Empfindungen wird man nicht los, wenn man die Vorgänge beobachtet, wie sie vor einigen Tagen in einer sehr stark besuchten Versammlung von Arbeitern der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft von den Referenten geschildert wurden. Da ist es wiederum der Herr Meister F e r d e r jun., dessen Praktiken in Schilfamerung der ihm unterstellten Arbeiter vor noch nicht allzu langer Zeit in der Wülshäuser Volkszeitung gelsengelesen wurden. Sein übertriebener Autoritätsdünkel ließ ihn schon mehrmals dazu treiben, unbedeutende Strafen und Lohnminderungen über Arbeiter zu verhängen, die mehrmals durch das Eingreifen des Arbeiterausschusses von der Direktion zurückgenommen wurden. Die Direktion hätte das Unrecht rektifiziert. Damit hat der Arbeiterausschuß im Besonderen dessen Vorgehen, der unter dem Namen Herr Ferber jun. durch seine kleinlichen Schilfamerungen den Vorstehenden des Arbeiterausschusses bis zur Entlassung brachte. Diese Auffassung kommt in nachstehender Resolution zum Ausdruck, die in obiger Versammlung gefaßt und der Direktion der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft unterbreitet wurde. Sie lautet: „Die heute, am 26. August 1911, in der Wirtschaft zum „Elbinger-Hof“ zahlreich versammelten Arbeiter der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft in Wülshausen erkliden in der plötzlich erfolgten Entlassung des Arbeiterausschusses Mitglied des Milton Babo eine Maßregelung im schlimmsten Sinne des Wortes. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß die Maßregelung nur die Folgen der Praktiken des Meisters Herrn Ferber jun. sind, die darauf hinausgehen, die ganz selbstverständlichen Rechte des Arbeiterausschusses diesem zu rauben und ihn an der rechtmäßigen Ausübung seiner Tätigkeit zu hindern. In dieser Ueberzeugung werden die Versammelten befehligt durch die fortwährende protokollierende und geradezu ständische Behandlung, die Herr Ferber jun. den Kollegen Babo als Arbeiterausschussmitglied zusammen ließ. Ferner bringen die Versammelten ihre tiefste Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß die Direktion einen Arbeiter, der 18 Jahre ununterbrochen und zur Zufriedenheit im Betriebe tätig gewesen, nur wegen eines geringfügigen Vergehens gegen die Arbeitsordnung sofort entlassen hat. Die Maßregel erscheint um so unangehöriger, als das Vergehen nur auf das propagierende Verhalten des Meisters Ferber zurückzuführen ist. Die Versammelten erkennen die feindselige Tätigkeit des Arbeiterausschusses durch ihre Tätigkeit in ihrer Existenz ferner nicht bedroht sind. Von der Direktion erwarten die Versammelten, daß sie die zur Ausübung des Amtes als Arbeiterausschussmitglied notwendigen Rechte anerkennt und Maßnahmen dahingehend trifft, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses in der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht der Willkür und Schilfamerung der einzelnen Meister preisgegeben sind. Die Versammelten beauftragen die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, vorstehende Resolution der Direktion zu übermitteln.“ Vorstehendes gibt so ein kleines Bild von der geschilderten Tätigkeit des Arbeiters im größten Betriebe der Metallindustrie im Elb. Täglich führen die Arbeiter der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft Klagen darüber, wie ihnen einzelne Meister ihre Eigenart als Vorgesetzte in bespotischer Weise fühlen lassen. Wir jagen ausdrücklich einzelne Meister, weil es auch Meister gibt, die in ihrer Stellung den Arbeitern die Gleichberechtigung nicht verjagen. Es wird Sache der Organisation der Arbeiter sein, immer wieder den Gehel der Kritik an den Verursachern dieser willkürlichen Zustände anzulegen. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Direktion der Elbinger Maschinenbau-Gesellschaft die als die tüchtigsten Meister bezeichnet, die in der Öffentlichkeit ob ihrem Verhalten kritisiert werden. Doch wollen wir zu bedenken geben, daß der langmütigste Arbeiter auch einmal der Gehel des Gehel sein kann. Da sei an das Wort des Dichters erinnert, der da sagt: „Vor dem Herrn Name ergrüht nicht! Aber vor dem Sklaven, wenn er die Kette trägt!“ Den Arbeitern rufen wir zu: Wollt ihr als gleichberechtigter Vorgesetzter sein, der an der Gestaltung der gesamten Arbeiterverhältnisse im Betriebe ein Wort mitzureden hat, dann müßt ihr selbständige Arbeiter werden, die wie eine Mauer hinter ihren Angehörigen (Arbeiterausschuß) in der Ausübung ihres Mandates stehen. Das Fundament der Mauer bildet die gewerkschaftliche Organisation. Dieser müßt ihr euch aufstellen, wenn ihr gegen Uebermut, Willkür und Willkür aufsteigen wollt.

Sollingen, 9. September. Im Streit der Federmeßerzeider hat sich die Situation bis jetzt noch nicht verändert. Noch wie vor begehren die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes Streik. Warum der Industriearbeiterverband eine so heftigen Arbeiterverband begehrt, liegt an der Komplexion der Solinger Gewerkschaft. Der Industriearbeiterverband hat eben kein Geld zum Streik! Es ist eine heftige Ede in der Lage des Industriearbeiterverbandes, darüber soll nun mit allen möglichen Mitteln die Öffentlichkeit herangezogen werden, damit die Arbeiter nicht zu der Erkenntnis der Dinge kommen. Wir wünschen noch einmal, was wir früher schon in einem Bericht geist haben: Die Absicht der Zeider ist im Industriearbeiterverband organisiert. Darüber können die Führer des Industriearbeiterverbandes nicht hinweg. Wenn nun die Absicht dazu überging, ein Sonderpreisvergehn auszusprechen und schließlich noch hinter den Rücken mit den Fabrikanten in sehr enger Beziehung stand, so ist das nur aus dem Grunde gemacht worden, um es nicht mit dem Leben Fabrikanten verza zu verleben. Es ist von uns schon länger Zeit bemerkt worden, daß der Industriearbeiterverband mit den Mitgliedern des Fabrikantenvereins bei Differenzen ganz anders verfährt, als wenn ein Fabrikant des Arbeitgeberverbandes in Betracht kommt. Die Streitverhältnisse mit dem Fabrikantenverein ist nun schon oft angeführt und durch die letzte Handlung des Industriearbeiterverbandes auch bekräftigt. Die Absicht des Fabrikantenvereins der Mitglieder des Fabrikantenvereins und der Industriearbeiterverband zeigen uns so recht, was die Weg geht. In der gewerkschaftlichen Sitzung am Montag den 21. August wurde Herr Dörmel als der Delegierter der Solinger Fabrikanten auf. Wenn nun Industriearbeiterverband gefaßt wird, er belege ihnen Streik, so geht er den Fabrikanten auf den Kopf. Auch bei den Arbeitern in anderen Dingen ist die Aufschonung vorhanden gewesen, sie begingen keine Streik, weil sie sich mit den Fabrikanten der Streikenden nicht einverstanden erklären können. Also die Absicht, wie sie bei den gewerkschaftlichen Arbeitern logisch angeht, hat auch bei den Industriearbeiterverbanden platzgegriffen. Wir haben hier in Sollingen schon manches erlebt, aber das was die Kollegen des Industriearbeiterverbandes dazu übergehen, daß den Streik der großen Gewerkschaft auf die Elbinger Fabrikanten zu lassen, heißt nur bisher für unangenehm gehalten. Das kann nicht so sein, den Einverständnis der Solinger Gewerkschaft. Bezieht sich auf diese Gewerkschaft die Federmeßerzeider auszusprechen, damit sie nicht in der Lage ist, geschloffen gegen den Industriearbeiterverband aufzutreten. Wenn gesagt wird, daß die Gewerkschaft, die heute in Reiderneß vorhanden sind, auf das Gebot des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gefaßt werden müßten, so müßten heute die Arbeiter, die in Reiderneß tätig sind, daß die Gewerkschaft die trifft, die schon seit Jahren die schließliche Gewerkschaft gebildet haben. Wenn heute die Gewerkschaften geschlossen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert

wäre, so können für sie Verhältnisse geschaffen werden, wie sie bisher in der Federmeßerbranche nie dagewesen sind. Und wer hindert uns nun daran, dauernde und sichere Existenzbedingungen für die Arbeiter der Federmeßerbranche zu schaffen? Niemand anders als die, die heute versuchen, durch ein Sonderpreisvergehn die Arbeiter noch mehr auseinander zu reißen. Wer Arbeiterpolitik betreiben will, darf keine Sonderinteressen verfolgen, sondern muß die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Dieses ist aber nach alledem, was bisher hier in Sollingen in den letzten Jahren geschehen ist, bei dem Industriearbeiterverband nicht möglich gewesen. Steht ist es darauf bedacht, für sich im ruhigen zu sitzen, dem Metallarbeiter-Verband Mitglieder abspenstig zu machen. Die Arbeiterzerplitterung geht aber noch weiter. Er versucht nun, um den Kampf für die Federmeßerarbeiter noch mehr zu erschweren, die Unorganisierten von diesem Kampf abzuhalten. Hören die Führer des Industriearbeiterverbandes, daß wir irgendwo Verbindungen mit den Unorganisierten angeknüpft haben, gehen sie hin und versuchen, diese von dem Kampf zurückzuhalten. Das ist wiederum eine Tätigkeit, die nur einer gelben Gewerkschaft alle Ehre macht. Dann wird vom Industriearbeiterverband die Behauptung aufgestellt, daß dessen Mitglieder allein über ihre Geschäfte zu bestimmen haben. Mit nichtsagenden Phrasen wird in der Versammlung erklärt, die Kollegen des Federmeßer aus Industriearbeiterverband müßten nun beschließen, gleichgültig, welcher Beschluß gefaßt würde, man würde sich dem fügen. In derselben Versammlung trat ein Reider auf und erklärte: Wir können doch nicht still zusehen, daß die Reider des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Streit stehen und wir sollen arbeiten. In dem Augenblick aber, wo dieses gesagt wurde, schnellte auch schon der Geschäftsführer Böhmner vom Industriearbeiterverband von seinem Sitz empor und erklärte diesem Reider: Wenn es dir bei uns nicht gefällt, dann mache, daß du in das andere Lager hinstreichst. Weiter wurde dann noch in der Versammlung gesagt, daß die Reider, die keine Federmeßer erhalten, sich auf dem Verbandsbureau des Industriearbeiterverbandes melden sollen. Also man richtet, wie Lebus es nicht besser kann, ein Streikbureau ein. Das ist der Weg einer gewerkschaftlichen Organisation, die wegen ihrer kleinen Mittel nicht in der Lage ist, den Kampf gegen das Unternehmertum führen zu können. Mit den wenigen Federmeßerarbeitern, die im Industriearbeiterverband organisiert sind, kann man keinen Kampf unternehmen, oder man spricht nicht vor dem schätzlichen Arbeitererrat zurück. Wir wollten einmal sehen, welche Tiraden von Niedertracht und Gemeinheit gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschleudert würden, wenn er dazu überginge, mit seiner über 300 Söldnerarbeiter zählenden Mitgliedschaft einen Sonderartik aufzusetzen. Mit Recht würde man den schätzlichen Arbeitererrat vorwerfen. Aber für den Industriearbeiterverband ist alles recht, jede Verworfenheit ist richtig, wenn es darum geht, dem Metallarbeiter-Verband Mitglieder abspenstig zu machen. Da spricht man selbst nicht vor einem Arbeitererrat zurück, wie es jetzt bei den Federmeßerarbeitern der Fall ist. Wir hoffen aber, daß die denkenden Arbeiter des Industriearbeiterverbandes hier nicht mit ihren Führern gemeinsame Sache machen werden. Wir hoffen, daß die Kollegen des Industriearbeiterverbandes doch noch etwas auf Reintlichkeit halten und unter allen Umständen von ihren Führern verlangen, sich mit der Majorität der Federmeßerbranche solidarisch zu erklären. Sollte dieses nicht der Fall sein, dann ist der Weg zur gelben Gewerkschaft gebahnt, dann steht der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich verpflichtet, den Industriearbeiterverband in Zukunft nur als solche zu behandeln. Mithet die Scheitlichkeit durch den Industriearbeiterverband gemacht wird, beweist folgendes: Die Meisterzeider, eine Organisation, die bisher noch sehr viel auf sich gehalten hat, hat 14 Mitglieder, die dazu übergegangen sind, Klagen für die Federmeßer zu schließen. Die Meisterzeider sind dazu übergegangen, Federn zu pflichten. Alles das ist eine Tätigkeit, die darauf hinausläuft, den Kampf des Metallarbeiter-Verbandes zu erschweren. Warum wird vom Industriearbeiterverband diese Stellung eingenommen? Vielleicht ist von den Führern des Industriearbeiterverbandes gesagt worden, der Metallarbeiter-Verband sei nicht in der Lage, für die Federmeßerbranche etwas zu leisten. Nun fürchten die Führer des Industriearbeiterverbandes, daß der Kampf zum Siege der streikenden Kollegen führt, wodurch der Metallarbeiter-Verband bei den Sollinger Industriearbeitern an Bedeutung gewinnen würde. Deshalb muß das mit allen Mitteln verhindert werden. Streikbruch auf Streikbruch wird verübt, um wenn der Kampf durch diese Manipulation des Industriearbeiterverbandes für uns verloren geht, wiederum mit dem alten Mittel zu arbeiten: der Metallarbeiter-Verband sei für die Sollinger Industrie nicht maßgebend, er könne für die Arbeiter der Sollinger Industrie nichts leisten. Nun steht aber die Situation für den Metallarbeiter-Verband trotz Streikbruchs des Industriearbeiterverbandes sehr günstig. Es haben schon viele 50 Fabrikanten unsere Tarif anerkannt und wir stehen mit beschriebenen Fabrikanten noch in Unterhandlung, so daß in absehbarer Zeit noch mehr hinzukommen. Die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Sollingen steigt auch fortwährend. Diese Woche haben wir die Zahl von 7000 schon weit überschritten. In den letzten Monaten sind fast in jeder Woche 100 Aufnahmen zu verzeichnen gewesen, dabei auch viele Uebertritte vom Industriearbeiterverbande. Die Kollegen des Industriearbeiterverbandes sind mit ihren Führern selbst nicht mehr zufrieden, denn in einer Meisterzeiderversammlung wurde die Stellungnahme des Metallarbeiter-Verbandes von den Kollegen des Industriearbeiterverbandes sehr stark verurteilt. Die Arbeiterzeitung Sollingers wird durch diesen Kampf zur Einsicht kommen, daß ihre Interessen nur durch eine große einseitige Organisation vertreten werden können. Der Industriearbeiterverband hat das bisher noch nicht zu tun verstanden und in Zukunft wird er noch weniger dazu fähig sein. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gehört auch in Sollingen die Zukunft.

Werftarbeiter.

Elbing. Bei Beginn des Lohnkampfes in Danzig wurde die Frage erörtert, ob es möglich sei, die Elbinger Arbeiterkraft in diesen Kampf hineinzuziehen. Die Frage mußte verneint werden, weil für einen Kampf in Elbing die Vorbedingungen fehlen. Daß diese der alten Dingen in einer guten Organisation bestehen, ist wohl selbstverständlich. Es kam nun hauptsächlich für die Elbinger Arbeiterkraft darauf an, den Bezug nach Danzig fernzuhalten, denn wenn die Betriebe von Danzig und Elbing sich in einer Hand befinden, so lag die Gefahr nahe, daß die Firma Schönow ihre Mitglieder mit ausgepöbelten Arbeiter in Danzig durch die Elbinger ergötze. Es ist dieses jedoch in nennenswerter Maße nicht geschehen, auch konnte es teilweise noch verhindert werden. Nur ein Meister aus dem Maschinenbau, H o s, hat während der Danziger Bewegung mit einigen Leuten dort Maschinen montiert und noch einen gewissen Erfolg doreingeführt, Arbeitswilliger zu sein. Auf den Gang der Dinge hat das keinen Einfluß ausgeübt. Während der Danziger Bewegung lag die Elbinger Arbeiterkraft nun an, sich zu organisieren und demgegen einzutreten, daß es für sie auch weiter nichts gäbe, als den Gang durch die Pforte des gewerkschaftlichen Kampfes. In mehreren Versammlungen wurde die Situation in Danzig besprochen, und man ließ es nicht dabei, sondern die Organisationen erparieren. Es konnte unter Verband über das Doppelte. Jetzt hatte sich das Bild verändert, und der Gewerkschaft wurde auf, ob es nicht möglich wäre, auch in Elbing vorzugehen, weil ja hier die Verhältnisse genau so unangenehm liegen wie in Danzig. In einer Kreisversammlung der Schönowarbeiter, die im Gewerkschafts-Rat stattfand, wurde nach dem Referat des Kollegen S c h u l z eine R e s o l u t i o n angenommen, worin den Danziger Kollegen Anerkennung ausgesprochen wird. Es heißt dann in der Hauptfrage weiter: Wir erkennen an, daß die Danziger Arbeiterkraft der Firma Schönow nicht nur für sich, sondern auch für die Elbinger Arbeiter kämpft. Derselben Anerkennung, welche die Danziger Arbeiter der Firma Schönow entgegengebracht haben, müssen aus denselben Gründen auch die Elbinger Arbeiter haben, denn auch für sie ist eine den Zeitverhältnissen entsprechende Aufrechterhaltung der Löhne, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Regelung der Arbeit und Ueberwachbarkeit unbedingt erforderlich. Wir erklären darum, daß unsere Danziger Mitarbeiter

und Arbeitsbrüder unseren wärmsten Dank und unsere tatkräftige Unterstützung verdienen, und daß wir bereit sind, mit allen gesetzlichen und moralischen Mitteln der gerechten Sache zu dienen.“ Die Organisationsleiter bekräfteten nun dem in dieser Resolution enthaltenen Auftrag gemäß, und in einer am 10. August im Vereinsgarten unter freiem Himmel stattfindenden Versammlung, die von über 4000 Personen besucht war, unterbreitete der Referent, Kollege H o s e l a c, der Versammlung folgende Vorlage: „Die Vertreter der Organisationen halten es nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge für geboten, den Arbeitern der Schönowwerke zu empfehlen, in eine Angehörigenbewegung einzutreten. Alle Stundenlöhne unter 30 $\frac{1}{2}$ sollen um 3 $\frac{1}{2}$, alle Stundenlöhne über 30 $\frac{1}{2}$ um 2 $\frac{1}{2}$ erhöht werden. Die Akkordpreise sollen einen Zuschlag von zehn Prozent erfahren. Vor Uebernahme der Arbeit ist jedem Arbeiter ein Akkordzettel mit dem Akkordpreis einzuhändigen. Für Ueberstunden werden 25 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag verlangt. Es soll ein ständiger Arbeiterausschuß eingesetzt werden, dessen Tätigkeit sich im Verein mit Vertretern der Firma auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstreckt und vornehmlich auf Befestigung von Betriebsmitteln bedacht sein soll. Die Lohnzahlungen finden am Freitag statt. Diese Forderungen sollen Freitag vormittag von den Krankenkassenvertretern der Firma überreicht werden.“ Die Forderungen wurden am Freitag den 11. August der Firma durch den Vorstand der Betriebskrankenkasse überreicht. Am 17. August fanden nun die Verhandlungen des Herrn Ziese und seines Generalstabes mit dem Krankenkassenvorstand statt. Es mag auch gleich bemerkt werden, daß der Krankenkassenvorstand mit der größten Lebenswichtigkeit empfangen und auch als Vertretung der Arbeiterkraft angesehen wurde. Das war schon ganz anders als in Danzig, ein Zeichen, daß die dortige Bewegung nicht spurlos an Herrn Ziese vorübergegangen war. Das Ergebnis der Verhandlungen war allerdings gleich Null. Da Herr Ziese seine Antwort schriftlich fixiert und diese geradezu ein Kulturdokument ist, so geben wir sie hier im Wortlaut wieder: „Die in den ersten drei Punkten in Vorschlag gebrachten Lohnhöhungen sind von so einschneidender Bedeutung, daß ich nur annehmen kann, über die Tragweite dieser Forderungen herrscht vollkommene Unklarheit, andernfalls Lohnhöhungen in solchem Umfang sicher überhaupt nicht beantragt worden wären. Eine allgemeine Lohnhöhung aber kann auch für mich nicht Gegenstand von Unterhandlungen sein. Eine Prüfung der Arbeitsverdienste hat bestatigt, daß im allgemeinen meine Arbeiter auskömmlich und nicht selten weit über ihre Leistungen entlohnt werden. Durch Revisionen werden die Löhne ohnedies von Zeit zu Zeit überprüft und Ausgleiche geschaffen. Hieran soll auch ferner festgehalten werden, so daß Alter, Fleiß und Leistung volle Berücksichtigung finden. Die Akkorde, die durchaus nicht niedriger sind als bei den westlichen Werken, sind so bemessen, daß selbst bequeme und mittelmächtige Arbeiter ihr Auskommen finden. Es scheint unter der Arbeiterkraft eine ganz unrichtige Vorstellung über die jetzige Beschäftigung und über die Beschäftigung in der Metallindustrie zu herrschen. Die Zeiten sind noch immer schlecht, und habe ich, um nicht große Arbeiterentlassungen vorzunehmen, in sehr vielen Fällen dadurch große Opfer bringen müssen, daß ich Arbeiter weit unter den Selbstkosten übernehmen mußte. Auch jetzt sind die Ausschichten für Neubestellungen für die nächste Zeit noch schlecht. Ich habe in diesen Jahren schwächer und möglicher Beschäftigung guten und weniger leistungsfähigen Arbeitern den gleichmäßigen Verdienst guter Jahre erhalten und sie vor Not und dem Verlassen der Heimat bewahrt. Dieses Vorgehen sollte den guten und treuen Arbeitern das Vertrauen einflößen, daß ich auch bei hoffentlich bald eintretender wesentlicher Besserung der Beschäftigung ohne Einwirkung durch eine Streikkommission den Arbeitsdienst stets wie nun schon seit fast 75 Jahren auf einer den Lebensbedingungen der Arbeiter entsprechenden Höhe halten werde.“ Zum Punkt 4 der Forderungen äußerte sich Geheimrat Ziese dahin: „Es ist gemäß § 15 der Arbeitsordnung ganz allgemein mein Bestreben, Akkorde vorher mit den Arbeitern festzustellen und ihnen Akkordzettel auszuhändigen. Im Schiffsmaschinenbau und einigen anderen meiner Betriebe sind dagegen die Arbeitsausführungen so ungenau geregelt und wechselnd, daß es oft sehr schwer ist, einen Akkord vorher genau zu schätzen und zu bestimmen. Wird daher die Frage über die Höhe des Akkorde solange offen gelassen, bis sich die Schwierigkeiten übersehen lassen, die sich dem Arbeiter bei der Arbeitsausführung entgegenstellen, so geschieht dies nicht am letzten Ende im Interesse des Arbeiters selbst. Ich muß mir daher in solchen schwierigen Fällen gewisse Vorbehalte bezüglich der Akkorde offen halten. Ueberstunden und Sonntagsarbeit (Punkt 5 der Forderungen) sollen und müssen nur Ausnahmefälle darstellen. Die Leistung zu Ueberstunden kann ich nicht durch Festsetzung bestimmter Zuschläge fördern; durch für solche Fälle höher bemessene Akkorde respektive Fallweise Entschädigung wird für die dringende Nacht- respektive Ueberstundenarbeit Entgelt für etwaige Mehrleistung nach wie vor geboten werden. Neben den Vorstandsmitgliedern der Betriebskrankenkasse noch einen besonderen Arbeiterausschuß zu ernennen (Punkt 6), erübrigt sich, da der Krankenkassenvorstand sich durchaus bewußt hat und auch fernerhin auf mein größtes Wohlwollen bei Neuerungen von Wünschen rechnen kann. Zum Schluß muß ich noch erwähnen, daß die Lohnzahlung am Freitag nur dann stattfinden kann (Punkt 7), wenn der Elbinger Magistrat beschließt, daß dann am Freitag um 4 Uhr die Schließung der Brauereianlagen stattfinden, denn es ist auch meine Pflicht, für das Wohlergehen meiner Arbeiter und deren Familien Sorge zu tragen, und wird dies, wie wohl bekannt sein dürfte, mit am besten dadurch gefördert, daß am Lohnzahlungstage der Brauereianlagen von 4 Uhr an geschlossen ist.“ Ein Kommentar zu dieser „Antwort“ würde diese nur abschwächen. So spricht ein „Arbeiter“ zu seinem Bedienten. Am 18. August fand eine neue Versammlung unter freiem Himmel statt, die wieder von über 4000 Personen besucht war. Nachdem diese den Bericht gehört hatte, beauftragte sie den Krankenkassenvorstand, neue Verhandlungen anzubahnen. Die Verhandlung hatte aber daselbe Ergebnis. Die Organisationen waren nun vor die Frage gestellt: Was nun? Ein Vorgehen der gesamten Arbeiterkraft mußte abgelehnt werden. Wenn sich das Organisationsverhältnis auch gewaltig gebessert hätte, so wären doch die Kämpfer noch zu jung, ferner war die Zahl der Abseitsstehenden zu groß. Zudem hatte sich eine große Anzahl „Auchkollegen“, darunter F a c h a b e i e r, durch Unterschriften mit der Bitte an die Firma gewandt, sie bei einer eventuellen Aussperrung zu versöhnen; daß sie beim Streik mitmachen würden, daran sei gar nicht zu denken. Es wäre nun schließlich noch der Gruppenkampf in Betracht zu ziehen, doch war dieses Experiment zu gefährlich. Da die Danziger Kollegen schon 20 Wochen im Kampfe standen, so hätte dieser sich sehr in die Länge ziehen können. Die Organisationsvertreter kamen daher zu dem Entschluß, den Kampf zu vertagen. In einer betriebsvollständig besuchten Mitgliederversammlung waren unsere Kollegen nach den Darlegungen der Kollegen F r a n g e l und S c h u l z mit diesem Vorgehen auch einverstanden. Erwähnenstwert ist noch das Verhalten der Elbinger Bürgerkraft, die größtenteils, da Elbing reine Arbeiterstadt ist, von den Arbeitern lebt. Wie viele Gebete um Vermeidung des Kampfes zum Himmel geschickten sind, wußt ihr nicht, doch hörte man sie: „Wenn doch die Arbeiter nur nicht streiken könnten!“ An dem Verhalten der Firma fand man dagegen wenig zu tadeln. Für die Metallarbeiter müßten die Elbinger in den letzten Monaten aber ein Atypum sein. Unsere organisierten Kollegen mögen der Organisation treu bleiben; für die übrigen muß die Lösung lauten: P i n e i n i n d e n D e u t s c h e n M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d. Um den Kampf kommen auch wir in Elbing nicht herum. Herr Ziese ist jetzt Mitglied des Gesamtarbeiterverbandes der Industriellen, und kommt es zur Aussperrung, dann werden auch „nein“ Arbeiter nicht mehr verschont. Vor allen aber müssen wir in Elbing gerüstet sein, um bei nächster Gelegenheit gemeinsam mit unseren Danziger Arbeitsbrüdern den Kampf aufzunehmen zu können.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Porzellanarbeiter. Der Verband der Porzellan- und verminderten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt vom 26. August bis zum 2. September in Berlin seine Generalversammlung ab. Unter den 50 Delegierten waren 7 weibliche. Nach der letzten Generalversammlung (1908) hat der Verband infolge der Krise und innerer Auseinandersetzungen eine schlimme Zeit durchgemacht und insbesondere auch Mitglieder eingebüßt. Das Vermögen des Verbandes hat sich jedoch gehoben. Ueber die Verhältnisse der Porzellanarbeiter, der Töpfer und der Glasarbeiter zu einem gemeinsamen Industrieverband aus. In gleichem Sinne sprachen die Vorsitzenden Dr. W. v. S. vom Töpferverband und G. v. S. vom Glasarbeiterverband. Da der Porzellanarbeiterverband in seinem Unternehmungsweize aber viel weiter geht als die beiden anderen Verbände, so hatte der Vorstand eine Vorlage eingebracht, wonach zur Erleichterung der Verschmelzung die Unterstellungen herabgesetzt werden sollten, was den Widerspruch vieler Delegierten hervorrief. Die Vorlage wurde einer Kommission übergeben. Der von dieser ausgearbeitete Vorschlag wies jedoch so große Erhöhungen der Unterstellungen auf, daß befürchtet wurde, die Verschmelzung könne infolgedessen scheitern. Nach längerer Debatte wurde die Krankenunterstützungsdauer von 26 Wochen auf 18 herabgesetzt und die Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf 12 Wochen. Die wöchentlichen Unterstützungssätze wurden um 1,50 M. bis 4 M. verkürzt. Ueber die Notwendigkeit der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in der Porzellan- und Glasindustrie referierte Redakteur Zietzsch. Ferner wurden unter anderem noch Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband erörtert. Die Anträge auf Verschmelzung mit diesem wurden abgelehnt. Der Vorstand wurde beauftragt, in Gemeinschaft mit den Vorständen der Töpfer und Glasarbeiter ein sogenanntes Normalstatut auszuarbeiten, das den Mitgliedern der drei Verbände zur Urabstimmung vorgelegt werden soll. Zur Annahme ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die beiden anderen Organisationen haben schon ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Terrorismuschwindel.

Im Frühjahr dieses Jahres lief durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse ein Bericht über eine „christliche“ Metallarbeiterversammlung in Düsseldorf, die gegen den „sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband“ angeblich gelübten Terrorismus protestiert hätte. Der Bericht war mit der üblichen Aufmachung versehen und in der betreffenden Versammlung sowie in den Einladungen dazu zog man schwer vom Leder gegen die angebliche Brotlosmachung armer christlicher Familienväter. Rot oder kein Brot, das sei die Parole, die die Sozialdemokraten ausgegeben hätten. Wenn man solche Lügen anspricht, verlangt die Welt Beweise, und man tat auch so, als wenn man solche anführen wolle.

In der Hauptsache handelte es sich allerdings nur um einen Fall, der bei der Firma De Fries & Co. vorgekommen sein sollte. Ein „christlicher“ Former habe dort angefangen, aber die im „sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband“ organisierten Former hätten ihm die gegenseitige Hilfe verweigert, und so hätte denn der Mann als Opfer seiner Ueberzeugung das Feld räumen müssen, die Sozialdemokraten hätten ihm trottslos gemacht. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde dieser Fall untersucht und festgestellt, daß er in seinem ganzen Umfang auf Unwahrheit beruhe. Der betreffende „christliche“ Former hatte einen neben ihm stehenden Kollegen aufgefordert, ihm anzuhelfen, worauf dieser erwidert hatte, er habe keine Zeit. Einige Zeit später habe dann der Mann seine Entlassung genommen und habe erklärt, die Arbeit könne ihm nicht. Er war dann zum „christlichen“ Verbandsbureau gegangen und hatte erklärt, daß man ihm nicht geholfen habe, weil er „christlich“ organisiert war. Gewissenhafte Leute untersuchen nun so etwas, ehe sie in Versammlungen, Flugblättern, sowie in der Presse einen großen Brei machen und andere Leute beschimpfen. Aber das machen die „Christlichen“ anders. Wenn man ihnen einen Fall mitteilt, dann stürzen sie mit Wonne über ihn her, sie untersuchen ihn nicht, weil sich dabei herausstellen könnte, daß sich die Sache anders verhält. In diesem Falle untersuchte nun der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Fall und stellte zunächst fest, daß gerade die ferorganiisierten Former dem „Christlichen“ geholfen hätten. Er stellte weiter fest, daß der Former, der mit den Worten „Ich habe keine Zeit“ die Hilfe abgelehnt hatte, ein Unorganisierte war und nach seiner Meinung eher zu den „Christlichen“ gehörte. Auch nicht ein Wort der mit großem Geschrei erhobenen Beschuldigungen beruhte auf Wahrheit.

Um nun den „Christlichen“ Gelegenheit zu geben, ihre Fälle zu beweisen, strengten diejenigen Former der Firma De Fries & Co., die direkt um den entlassenen „Christlichen“ ihre Arbeitsplätze hatten, gegen Herrn Leupke, den Beamten des „christlichen“ Verbandes, der in Versammlungen und Flugblättern die Behauptungen aufgestellt hatte, die Verleumdungssklage an. Aber siehe da, Herr Leupke nahm nicht etwa die schöne Gelegenheit wahr, den bösen Terrorismus am Gericht zu beweisen, sondern er kniff. Er ging der Klage durch allerlei juristische Antisse aus dem Wege. Er habe nicht die Former beleidigen wollen, die er gar nicht kenne. Nur das „System“ habe er kennzeichnen wollen. Da ihm jede Absicht, die betreffenden Former zu beleidigen, gefehlt hätte, habe die Klage keine Berechtigung. Das Gericht schloß sich diesen Gründen an und die Klage kommt nicht zur Verhandlung. Wenn das auch an uns für sich schade ist, so kann aber auch dieser Ausgang der Sache befechtigen. Es steht fest, Herr Leupke hatte nicht den Mut, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten, weil er sich wohl mittlerweile überzeugt hatte, daß sie unwahr sind. Er wird sie aber wahrscheinlich auch nicht zurücknehmen, denn das widerspräche den gewerkschaftlichen Gepflogenheiten.

Sirsch-Dunderiana.

Vertraute Verleumdung. Am 20. März legten die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörenden Mitglieder des Arbeiterausschusses auf der Werk von Blohm & Voß ihr Amt nieder, weil sie mit den Praktiken dieser Werk in der Beziehung der Nacharbeit bei den Wechselarbeiten nicht einverstanden waren. Das Ausschussmitglied Karsten soll nun den Schmied Otto Seeber, der Vorstandsmitglied des Sirsch-Dunderiana Gewerkschafts ist und ebenfalls dem Arbeiterausschuß angehört, gestagt haben, ob er sich mit den übrigen Mitgliedern solidarisch erklären wolle. Seeber soll geantwortet haben, er lehne sich nicht nach der Kupfer- und Spigbübenakt am Wesenbinderhof. Auf eine weitere Frage, ob vielleicht die Gewerkschaftsbeamten Lumpen und Spigbüben seien, soll S. erwidert haben: „Das hat Kürbis bei den letzten Abmachungen mit den Arbeitern am Bande bewiesen.“

Wegen dieser Verurteilungen hat Kollege Kürbis den Namen mit den losen Jungensklagen auf Verleumdung verklagt. Die Verhandlung fand am 2. September vor dem Schöffengericht II (Antst. Richter Dr. Rudolph) statt. Als Rechtsbeistand des Klägers fungierte Dr. Berg, während der Beklagte in Begleitung des Syndikus der Sische, Dr. Wittenburg, erschienen war.

Der Beklagte bestritt, diese Worte gebraucht zu haben. Der Arbeiterausschuß bei Blohm & Voß habe sich zunächst in der Frage der Beziehung der Nacharbeit zur Klage erklärt und es habe keine Differenz zwischen der Firma und der Arbeiterschaft bestanden. Den sozialdemokratischen Mitgliedern seien aber im Gewerkschaftshaus wegen ihrer Fickfertigkeit Vorwürfe gemacht worden, worauf „man“ sie verpflichtet habe, ihr Einverständnis juridisch anzunehmen und ihr Amt niederzulegen. Er habe sich beleidigt gefühlt, als einige Leute ihm zugemutet hätten, sein Vertrauensamt zu „händigen“, die Intracien

der Arbeiter, die ihn gewählt hätten, nicht wahrzunehmen und sich mit den Verbandsmitgliedern, die die Abmachungen gebrochen hatten, solidarisch zu erklären. Ferner habe er sich beleidigt gefühlt durch die Zumutung, er solle die Befehle sozialdemokratischer Personen, die seine politischen Gegner seien, ausführen. Zu Karsten habe er unter vier Augen gesagt: „Spigbübenpolitik treibe ich nicht!“ Den Namen Kürbis habe er bei der weiteren Auseinandersetzung mit Karsten nicht genannt. Die Ausschussmitglieder sagen aus, sie hätten keinerlei Meinung vom Gewerkschaftsbureau erhalten, vielmehr hätten die Arbeiter, die mit den Zuständen nicht einverstanden waren, sie zur Niederlegung ihres Amtes angehalten. Es kam nun zu einigen lebhafte Auseinandersetzungen zwischen den Parteien.“ Der sehr temperamenbolle Beklagte, der auch von den Zwangsmitgliedern der freien Gewerkschaften sprach, die keinen Mut hätten, vor Gericht die Wahrheit zu sagen“, wurde vom Vorsitzenden ermahnt, sich in seinen Ausbrüchen zu mäßigen und nicht abzuschweifen. Die Zeugen erklärten, daß Seeber, der sehr erregt gewesen sei, die inkriminierten Worte fallen gelassen habe. Dr. Berg beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdung und die Umstände, unter denen sie begangen sei, eine angemessene Strafe. Dr. Wittenburg redete von Wahrnehmung berechtigter Interessen, wobei er auch einen Sprung auf das politische Gebiet machte und dann etwas vom „Terror der andern Richtung“ erzählte. Die Strafe könne daher nur milde ausfallen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M. oder zehn Tagen Gefängnis. Durch die Beweisaufnahme sei voll erwiesen, daß die inkriminierten Worte gefallen seien und daß der Privatkläger damit getroffen werden sollte. Von Wahrnehmung berechtigter Interessen könne nicht die Rede sein, wie auch keinerlei Anlaß vorlag, gegen den Privatkläger Kürbis vorzugehen. Es sei dem Angeklagten nur darum zu tun gewesen, den Privatkläger zu beleidigen. Als strafmildernd komme die Erregung des Angeklagten in Betracht.

Vom Ausland.

Frankreich.

Der erste französische Metallarbeiterkongress.

Am 14. bis zum 17. August fand der erste Kongress des französischen Metallarbeiterverbandes. Zwei Jahre sind verfloßen, seitdem die französischen Metallarbeiter ihre Einigung zu einem Industrieverbande durchgeföhrt haben. Und diese zwei Jahre sind nicht ungenüht verstrichen. Sie brachten der neuen Organisation einen stätlichen Zuwachs an Mitgliedern, und vor allem die Erkenntnis für die Notwendigkeit systematischer, organisatorischer Arbeit. Der Verlauf des Kongresses und seine Beschlüsse beweisen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre heilsam gewesen sind. Es herrschte eine praktische Auffassung der Dinge unter den Kongreßteilnehmern, und die Erhöhung des Zentralbeitrags um 50 Prozent zeigt, daß die französischen Metallarbeiter langsam beginnen, in methodischer Weise Geldmittel für ihre Organisation bereitzustellen. Gewiß bleibt noch viel zu tun übrig. Das besonders in der Metallindustrie gut organisierte Unternehmertum wird seine Kampfweise bald lehren, daß auch die jetzigen Beiträge noch zu niedrig sind und daß es noch viel auszubauen gibt, um eine für alle Fälle gestiftete Organisation zu schaffen. Jedoch die Richtung, die der erste Kongress der Organisation gegeben hat, ist eine gute. Die Ereignisse der kommenden zwei Jahre werden mit dem Erstarken der französischen Metallindustrie das weitere tun, um auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen.

Vorher war auf die Verhandlungen des Kongresses eingegangen, sei gefaßt, einige Zahlen aus dem Massenbericht anzuföhren. Wir haben ja schon öfters Gelegenheit gehabt, in der Metallarbeiter-Zeitung auf die Entwicklung des französischen Metallarbeiterverbandes einzugehen. Die folgende Uebersicht über die letzten zwei Jahre kann also das Bild nur verbollständigen.

Bilanz vom 1. Juli 1909 bis 31. Mai 1911.

Ernahmen.	Fr.	Ausgaben.	Fr.
Mitgliedsbeiträge	134.440,50	Streitunterstützung	77.173,45
Kongressbeiträge	4.004,60	Nachregelungen und Solidarität	2.767,20
Rassenbestand der fr. Föderationen	30.056,50	Reiseunterstützung	2.932,45
Sammelkassen f. Streiks	9.897,15	Int. Metallarb.-Bund	607,85
Verchiebenes	19.488,25	Verbandszeitung	20.355,95
		Gehalt für Sekretäre	22.480,—
		Delegationen	12.395,20
		Drucksachen	10.346,20
		Verchiedenes	14.608,65
		Rassenbestand	84.159,16
Zusammen	197.426,10	Zusammen	197.426,10

Die Streitunterstützung beträgt ziemlich die Hälfte aller Ausgaben. Daraus geht hervor, daß die ersten zwei Jahre Kampfsjahre gewesen sind. Es haben auch in der Tat 101 Streiks stattgefunden mit 19.877 Streikenden, von denen 4.960 organisiert waren. Ueber die Resultate dieser Streiks gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Resultat	Streiks	Streikende	Organisierte
Erfolg	30	7.965	1.005
Vergleich	19	4.685	1.010
Niederlage	87	5.405	2.085
Solidaritätsstreik	1	400	400
Unbeendet	3	765	262
Unbekannt	11	667	248
Zusammen	101	19.877	4.960

Das Organisationsverhältnis läßt noch viel zu wünschen übrig, denn noch nicht ganz 25 Prozent aller Streikenden waren dem Verbande angeschlossen. Und unter diesen 25 Prozent befindet sich ein großer Teil von Reorganisierten, die erst kurz vor der Bewegung den Weg zur Föderation gefunden hatten. — Die Mitgliederzahl ist in sehr erfreulicher Weise gestiegen. Sie betrug am 31. Dezember 1909: 14.800, Ende des ersten Semesters 1910: 16.780, Ende 1910: 21.226 und am 31. Mai 1911: 26.260. Das ist also eine Erhöhung um 11.460 Mitglieder oder um etwa 77 Prozent. Und dieser Aufstieg hat sich in sehr normaler Weise vollzogen. —

Auf dem Kongress waren 101 Delegierte mit 176 Mandaten vertreten. Der Verwaltungs- und Massenbericht rief nur wenige Anwendungen hervor. Zu erwähnen ist nur, daß einige Delegierte des Nordens gegen die Veröffentlichung der Namen einiger sozialistischer Abgeordneten protestierten, die in der Kammer für eine Lage auf in Frankreich arbeitende Ausländer gestimmt hatten. Die Berichte wurden mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung der Beiträge. Dafür war schon seit einem Jahr im Verbandsorgan propagiert worden. Die bisherigen Zentralbeiträge von 30 Centimes pro Monat und Mitglied gestatteten nur die äußerst geringe Streitunterstützung von 40 Centimes pro Tag und Streikenden, und daß damit die Ortsvereine nicht immer zur Deckung waren, ist selbstverständlich. Reichte doch die Unterstüßung des Verbandes noch nicht einmal dazu, die Ausgaben für die „kommunistischen Subben“ zu decken. Die Delegierten waren darüber einig, daß hierzu einflüßig Wandel geschaffen werden müsse, wenn die Weiterentwicklung der Föderation nicht in Frage gestellt werden sollte. Nur über die Höhe des neuen Beitrags herrschte Meinungsverschiedenheit. Die einen schlugen eine Erhöhung um 10 Centimes und die anderen eine solche von 15 Centimes mit Schaffung einer zentralen Soldatenunterstützungskasse vor. Der letzte Antrag wurde angenommen mit 100 gegen 56 Stimmen. Vom 1. Januar 1912 an wird der Beitrag pro Monat und Mitglied 45 Centimes betragen.

Mit dieser Abstimmung hat die Föderation eine neue Unterstüßungskategorie bekommen. Der schon bestehenden Streit-, Hilfe- und Solidaritätsunterstützung, sowie der fakultativen Arbeitslosenunterstützung ist nunmehr noch die Soldatenunterstützungskasse „casse du soldat“, angegliedert worden, deren Funktion in regelmäßigen kleinen Geldhebungen an die beim Militär befindlichen Kollegen besteht. Etwa 30 Ortsvereine von den 240 der Föderation, angegeschlossenen befinden schon diese Einrichtung. Wenn es auf dem Kongress verhältnismäßig leicht war, auch die anderen Ortsvereine dafür zu gewinnen, so kommt dieses Verdienst zweifellos der jetzigen reaktionären Regierung zu, die in geradezu wütender Weise den „soldat“ verfolgt. Aber obwohl der begünstigte Ausnahme dieser Unterstüßung bei einem großen Teile der Delegierten politische Momente zugrunde liegen, so bleibt doch in letzter Linie die Tatsache dauernd bestehen, daß der Verband durch diese neue Einrichtung seinen Mitgliedern in Zukunft wieder neue Vorteile bietet und damit die Ortsvereine fester an sich fettet.

Ein weiterer wichtiger Beschluß hing mit der Einführung der Beiträge ununterschiedbar zusammen. Er betrifft die Einführung einer Karenzzeit für Streitunterstützungsberechtigte Mitglieder. Diese bestand bisher nicht, und die Föderation hat daher in den vergangenen zwei Jahren die betrübliche Erfahrung machen müssen, daß vor Ausbruch eines Streikes sich viele neue Mitglieder der Organisation angeschlossen in der Gewißheit, durch die Zahlung eines einzigen Beitrags das Recht auf Unterstüßung zu erlangen. Viele von den auf diese Weise Gewonnenen ließen es natürlich nach dem Streik bei diesem einen gezahlten Beitrag bewenden. Etwa zwei Drittel aller Streikausgaben sind auf diese Weise verpulvert worden. Daß dabei die schon länger Organisierten mit ihrer Streitunterstützung von 40 Centimes pro Tag die Betroffenen waren, ist selbstverständlich. Auf Grund dieser Erfahrungen waren es denn auch nur wenige Delegierte, die sich für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes erwärmten. 103 Stimmen wurden für eine Karenzzeit von sechs Monaten, 48 Stimmen für eine solche von drei Monaten abgegeben und nur 11 waren gegen jegliche Karenzzeit.

Die proportionale Vertretung ist eine Frage, die auf französischen Kongressen immer wiederkehrt. Aber sie wird trotz ihrer Berechtigung wohl nur dann anerkannt werden, wenn erst der ungeliebte Streit zwischen Revolutionären und Reformisten gemildert sein wird. Denn es liegt bei aller Anerkennung der kleinen Ortsvereine doch wohl außer Zweifel, daß die Verantwortung eines Delegierten der 5000 Mitglieder vertritt, bedeutend größer ist, als die Verantwortung des Vertreters eines Syndikats von 10 Mitgliedern. Und doch wiegt bei dem jetzigen Systeme die Stimme des einen so viel wie die Stimme des anderen. Der Kongress hat sich für die Beibehaltung des jetzigen Modus erklärt, denn für die proportionale Vertretung eintreten, würde bedeuten: Reformist zu sein, und das wollen unsere Kollegen natürlich auf keinen Fall.

Schließlich mit dieser Frage hing die Neuregelung der Vertretung im Verbandsvorstande zusammen. Im Verbandsvorstande, „conseil fédéral“, hat nach dem französischen System auch jeder Ortsverein eine Stimme. Die Pariser Syndikate bildeten den Vorstand durch die Wahl von je 3 Delegierten, und dadurch bestand dieser aus 69 Personen, die die Mandate der 240 Ortsvereine vertraten. Daß dieser schwerfällige Apparat natürlich nicht gut arbeiten konnte, war vorauszusetzen. Glücklicherweise fehlten zu den Sitzungen immer über die Hälfte der Mitglieder, und da ging es schon besser. Aber es ist doch ein sehr eigentümliches System, das erst dann funktionieren kann, wenn über die Hälfte der Delegierten ihre Pflicht versäumt. Der Vorstand schlug nun vor, die Zusammenfassung folgendermaßen zu regulieren: Jeder Ortsverein von Paris und Umgebung ernannt je 2 Delegierte, die dann den Vorstand ohne besondere Mandate der anderen Ortsvereine bilden. Damit würde die Zahl der Vorstandsmitglieder auf etwa 50 fallen. Dem stimmte der Kongress ohne lange Debatte zu. Auf Antrag Westhelms nahm er jedoch noch ein Amendement an, nach dem Ortsvereine der Provinz auf besonderen Wunsch sich noch extra vertreten lassen können. Dies ist natürlich noch keine Lösung der alten Schwierigkeiten, weshalb unsere Kollegen wohl früher oder später zu einem vom Kongress gewählten Zentralkomitee kommen müssen. Denn der jetzige Vorstand ist weder den Ortsvereinen, noch dem Kongress verantwortlich.

Eine lebhaft diskutierte Angelegenheit war ein Antrag auf Beseitigung von Artikel 3 der Statuten. Damit wurde der alte Streit: ob lokale Industrie oder Branchenvorgansation, wieder einmal aufgerollt. Der französische Metallarbeiterverband ist eine Industriearbeiterorganisation, aber über die Hälfte seiner angeschlossenen Ortsvereine bestehen noch aus Branchenvereinen. Daher natürlich eine sehr bedauerliche Zersplitterung, die besonders in Paris mit seinen 23 verschiedenen Syndikaten sehr hervortritt. Die Antragsteller wünschten durch die Beseitigung von Artikel 3 eine energische Stellungnahme für die lokale Industrieorganisation. Soweit ist der Kongress in Anbetracht der Verchiebenheit der Pflichten und Rechte in den einzelnen Vereinen nicht gegangen. Er sprach sich für die Beibehaltung von Artikel 3 mit dem Wunsche aus, daß verwandte Verufe sich bereinigen möchten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde in lebhaftem Meinungsaustausch behandelt. Der Kongress nahm eine Resolution an, die sich für die Propaganda der sogenannten englischen Woche, des freien Samstagnachmittags, ausspricht.

Für die Einheit des Verbandes ist ein Beschluß bedeutsam, der sich gegen die Absonderungsbestrebungen einiger Syndikate in Hafenstädten wendet. Diese beabsichtigen, einen besonderen Werftarbeiterverband ins Leben zu rufen. Gegen diese Zersplitterung erklärte sich der Kongress in entschiedener Weise. Er stimmte einem Antrage zu, der sich für die Bildung einer technischen Sektion für Werftarbeiter innerhalb des Metallarbeiterverbandes aussprach.

Ein Antrag auf Anstellung von Bezirksleitern wurde aus finanziellen Gründen abgelehnt. Der Vorstand soll aber das Recht haben, in Streikfällen einen tätigen Kollegen der betreffenden Region zur Propaganda heranzuziehen. Bezirkskongresse können auf Antrag der daran interessierten Ortsvereine stattfinden. Natürlich müssen diese die Kosten dafür aufbringen.

Auch die Nachwiederwählbarkeit der Verbandsbeamten stand auf der Tagesordnung. Sie wurde aber mit 154 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal teilte ein Antrag auf Erhöhung der Gehalte von 250 auf 300 Franken.

Nach der Wiederwahl der Verbandssekretäre Werrheim, Lenoir und Bianchard — der dritte Sekretär wird ausnahmsweise noch einmal durch die Ortsvereine der Majaginenbauer ernannt werden — wurde die Verbandsleitung noch beauftragt, regelmäßig ein Jahrbuch für Verbandsmitglieder herauszugeben.

Damit schloß der Kongress seine arbeitsreichen Verhandlungen. Der zweite Kongress im Jahre 1913 wird wiederum in Paris stattfinden.

Letzte Nachrichten.

Zur Aussperrung in Thüringen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen begann mit der Entlassung der Arbeiter in Eisenach und Jüttershausen am 29. Juli und war am 26. August mit der Entlassung der Arbeiter in Saalfeld a. S. sowie durchgeföhrt, daß zusammen rund 6000 in Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gera, Götting, Gotha, Jüttershausen, Ohrdruf und Zeulenroda ausgesperrt waren, wovon dem Deutschen Metallarbeiter-Verband rund 5000, den anderen Organisationen 1000 Mitglieder angehören.

In den 5 Wochen, die der Metallindustriellenverband zur Aussperrung der Arbeiter in Thüringen gebraucht hat, versuchte der Metallindustriellenverband in der Zeit vom 18. bis 28. August die beteiligten Arbeiterorganisationen zu bewegen, die vor Beginn der Aussperrung gemachten Einigungsvorschläge anzunehmen. Bei den Verhandlungen stellte der Verband Thüringer Metallindustrieller die Gesamtschließung durch den Gesamtverband der Deutschen Metall-

